



# ***Konservative Kommentare Juli '22***

**von Peter Helmes**

***Liebe Leser,***

*an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.*

*Ich wünsche Ihnen eine stets spannende Lektüre und freue mich über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt ([Peter.Helmes@t-online.de](mailto:Peter.Helmes@t-online.de)) oder an Die Deutschen Konservativen ([info@konservative.de](mailto:info@konservative.de)) senden können.*

\*\*\*\*\*

## **Zum NATO-Gipfel in Madrid, 29. Juni 2022**

*Von Peter Helmes*

Schweden und Finnland hatten längst ihre Bereitschaft erklärt, der NATO beizutreten. Aber ein solcher Akt muß EINSTIMMIG von allen Bündnisstaaten beschlossen werden. Und da lag in den letzten Monaten der Hund begraben: Die Türkei verweigerte ihre Zustimmung, weil sie insbesondere Schweden vorwarf, „Terrororganisationen“ wie z.B. die PKK zu unterstützen. Erdogan kündigte an, den Beitritt abzulehnen, wenn die nordischen Regierungen ihre Politik nicht änderten. Gestern Abend war deshalb die Überraschung groß, als NATO-Generalsekretär Stoltenberg verkündete, das türkische Veto sei hinfällig geworden.

### **Was hat die Türkei für ihr Einlenken bekommen?**

Es war alles andere als klar, daß die Türkei den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Allianz akzeptieren würde. Die Regierung Erdogan ist bekannt für eine Politik, die es ihr ermöglicht, sowohl Mitglied der NATO zu sein als auch privilegierte Beziehungen zu Russland zu unterhalten. Was ist der Preis, den die Türkei im Austausch für ihre Zustimmung erhalten hat? Sicherlich keine Kleinigkeit:

Zunächst errang Erdogan Aufmerksamkeit – national und international. Und er erhielt auch Handfestes: Am Abend wurde eine Absichtserklärung zu Waffenexport und

Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. Dem Sicherheitsbedürfnis der Türkei wurde damit Respekt gezollt. Außerdem verschärft Schweden seine Anti-Terror-Gesetze – ein Dialogöffner, den Premierministerin Magdalena Andersson zu den Gesprächen mitbringen konnte. Daß diese Initiative schon seit ein paar Jahren läuft, spielt für den türkischen Präsidenten Erdogan eine untergeordnete Rolle. Innenpolitisch kann er sich als Gewinner präsentieren.

Nota bene, in der Türkei wird die kurdische PKK als Terrororganisation eingestuft. Der größte Erfolg Erdogans ist deshalb, daß beide Länder garantieren, die YPG in Syrien nicht mehr zu unterstützen. Das Versprechen Schwedens und Finnlands, den Kampf gegen die Terrororganisation zu verstärken, ist auf dem Papier nicht viel wert. Dennoch ist es wichtig. Zumindest werden diejenigen, die die Türkei mit einem internationalen Haftbefehl sucht, nicht mehr in den Parlamenten dieser Länder reden können.

**Um es deutlich zu sagen: Der türkische Präsident Erdogan bekommt de facto eine Berechtigung für seine Unterdrückung der kurdischen Minderheiten.**

Die Frage ist, wie sich die internationale Gemeinschaft dazu positioniert. Die Repressionen Moskaus gegen Tschetschenien oder die Unterdrückung der Uiguren durch Peking werden als Terrormaßnahmen eingestuft. Es kommt vor, daß die Unterstützung von Minderheiten und nationale wie internationale sicherheitspolitische Interessen wie die der NATO im Widerspruch zueinander stehen. Um dies zu entschärfen, ist die internationale Gemeinschaft gefragt.

**Aus diesem Blickwinkel betrachtet, darf man diese Entwicklung getrost als bedeutende politische Niederlage für Wladimir Putin ansehen.**

Eine der wichtigsten Forderungen des russischen Präsidenten vor seinem katastrophalen Beschluß zum Einmarsch in die Ukraine war, daß die Nato keine neuen Mitglieder aufnehmen sollte. Eine andere war, daß die Nato ihre Truppen aus den östlichen Mitgliedsstaaten zurückziehen sollte. Nun bekommt die Nato zwei neue Mitglieder – und verstärkt ihre Verteidigung im Osten erheblich.

**Es ist damit zu rechnen, daß die Teilnehmer des NATO-Gipfels Russland zur größten Bedrohung für ihre Sicherheit erklären werden. Zum ersten Mal seit 30 Jahren – seit dem Ende des Kalten Krieges – kehrt die Nordatlantische Allianz damit zu jener Aufgabe zurück, für die sie 1949 gegründet wurde: die Sowjetunion einzuhegen. Im neuen strategischen Konzept, das beim Gipfel in Madrid verabschiedet werden soll, wird Russland als „direkte Sicherheitsbedrohung“ für die NATO bezeichnet. Und es ist auch das erste Mal, daß das Bündnis China als „strategische Herausforderung“ einstuft.**

Die Botschaft der Einheit und Entschlossenheit, die die westlichen Verbündeten in diesen Stunden an Wladimir Putin senden, kann nicht mißverstanden werden. In einer Art Grand Slam, der in der vergangenen Woche mit dem Europäischen Rat in Brüssel begann, beim G7-Gipfel in Elmau fortgesetzt wurde und mit dem NATO-Gipfel in Madrid seine finale Station erreicht hat, sagt der Westen dem Kreml-Chef, daß er bereit ist, dessen imperiale Absichten und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine so lange wie nötig zu bekämpfen. Und daß er beabsichtigt, die politischen und wirtschaftlichen Kosten, die auf den Kremlchef zukommen, zu erhöhen, um ihn eines Tages an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Kein schlechtes Ergebnis der Gipfelei!

---

P.S.: Eine Gesamtwertung des NATO-Gipfels folgte nach dessen Abschluß .

\*\*\*\*\*

## Treffen der G7-Staaten: Der Westen zeigt Geschlossenheit und Stärke

von Peter Helmes

**Beim Treffen der G7-Staaten auf Schloß Elmau betonte Bundeskanzler Olaf Scholz die Einigkeit in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine. Zudem wurden Probleme der Ernährungssicherheit und Gesundheit diskutiert. Der globale Süden soll eine westliche Alternative zu den Projekten der neuen Seidenstraße erhalten, mit denen China seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß weltweit ausdehnt.**

**Schärfere Sanktionen gegen Moskau, weitere Hilfen für Kiew und ein Bekenntnis zum Klimaschutz: Diskussionen um das Kriegsgeschehen in der Ukraine bestimmten weite Teile des G7-Gipfels. Kanzler Scholz betonte: Im Verhältnis zu Russland gebe es „kein Zurück“.**

Wegen des russischen Angriffskriegs erwartet Bundeskanzler Olaf Scholz lang anhaltende und tiefe Einschnitte in den internationalen Beziehungen. Russland habe alle Vereinbarungen über die Zusammenarbeit von Staaten gebrochen, sagte Scholz nach Beratungen der G7 mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Die G7 seien sich einig, daß das die Beziehungen lange prägen werde. *„Im Verhältnis zu Russland kann es kein Zurück geben in die Zeit vor dem russischen Überfall auf die Ukraine“*, sagte Scholz auf Schloß Elmau. Alle G7-Staaten seien bereit, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die Veränderung könne jedoch am besten gemeistert werden, wenn man eng und vertrauensvoll zusammenarbeite. *„Wir alle werden die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen Russland weiterhin unterstützen“*, so der Kanzler.

**Solidarität mit der Ukraine zählte zu den Hauptbotschaften dieses Gipfels. „Wir werden den Druck auf Putin weiter erhöhen. Dieser Krieg muß enden“**, schrieb Scholz auf Twitter.

Die G7-Staaten wollen mit neuen Sanktionen den Druck auf Russland erhöhen. *„Wir werden weiterhin finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung leisten und stehen an der Seite der Ukraine so lange wie nötig“*, hieß in einem Statement der führenden demokratischen Wirtschaftsmächte.

Im Mittelpunkt der neuen Sanktionen gegen Russland sollen laut G7-Erklärung die Rüstungsindustrie und der Technologiesektor stehen. *„Wir sind entschlossen, Russlands Einnahmen, auch aus Gold, zu reduzieren“*, hieß es in dem Papier. Weitere Details wurden nicht genannt.

Die US-Regierung will zudem ein Bündel nationaler neuer Sanktionen sowohl gegen den russischen Verteidigungssektor als auch gegen Firmen weltweit beschließen, die bestehende westliche Sanktionen gegen Russland unterlaufen. Es sollten zudem Firmen gelistet werden, die künftig keine US-Technologie mehr kaufen dürfen, teilte das Weiße Haus mit. Finanzinstitutionen sollten sich am Kampf gegen eine Umgehung von Exportkontrollen beteiligen.

Sowohl US-Präsident Joe Biden als auch Kanzler Scholz hatten auf Schloß Elmau die Wirksamkeit der westlichen Sanktionen betont. Daß Russland jetzt nahe an der

Zahlungsunfähigkeit stehe, sei die Wirkung drastischer Sanktionen, betonte ein US-Offizieller. Die russische Wirtschaftsleistung werde in diesem Jahr wahrscheinlich zweistellig sinken und die Inflation auf mehr als 20 Prozent steigen.

### **G7 sichern Ukraine Unterstützung bei Wiederaufbau zu**

Der Ukraine sicherten die G7 Unterstützung beim Wiederaufbau zu. Man sei „*bereit, einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen*“, der von der Ukraine in enger Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Partnern ausgearbeitet werde. Ziele seien ein nachhaltiger und grüner wirtschaftlicher Aufschwung, starke demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

### **Für dieses Jahr sicherten die G7 Finanzhilfen von bis zu 29,5 Milliarden US-Dollar**

**(rund 28 Milliarden Euro) zu.** Man wolle das Land dabei unterstützen, seine Finanzierungslücke zu schließen und die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu gewährleisten, hieß es in dem Papier. Offen blieb, ob es sich um Zuschüsse oder Kredite handelt. Die Mittel sollen helfen, die grundlegenden staatlichen Leistungen des kriegsgebeutelten Landes aufrechtzuerhalten und etwa Renten und die Gehälter von Staatsbediensteten zu zahlen.

### **Scholz warnte im ZDF vor einer Teilung der Welt im Zuge des Ukraine-Kriegs.**

Man dürfe nicht in die Falle tappen, die Russlands Präsident Wladimir Putin aufstelle, zu behaupten, die Welt sei geteilt in den globalen Westen und alle anderen, sagte er. Deswegen habe er fünf Gastländer zum G7-Gipfel westlicher Wirtschaftsmächte eingeladen: **Indien, Indonesien, Südafrika, Senegal und Argentinien.**

Die G7-Runde vereinbarte mit den Gastländern gemeinsame Anstrengungen für den Klimaschutz. Eine entsprechende Erklärung veröffentlichte die Bundesregierung. Ziel sei es, „*einen sauberen und gerechten Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen und gleichzeitig die Energiesicherheit zu gewährleisten*“, hieß es. Als Beispiel wurde auf ein Abkommen zwischen mehreren Industriestaaten und Südafrika vom vergangenen Jahr verwiesen, das dem Land helfen soll, seine Abhängigkeit von der Kohle zu beenden und den Einsatz erneuerbarer Energien zu erhöhen. Die vorsichtige Formulierung eines „*schrittweisen Ausstiegs aus der Kohle*“ geht zurück auf Bedenken insbesondere Indiens, das stark auf den fossilen Brennstoff angewiesen ist.

### **G7 stellen fünf Milliarden Dollar für Ernährungssicherheit bereit**

Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten wollen bis zu fünf Milliarden Dollar bereitstellen, um die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Die Vereinigten Staaten kämen für rund die Hälfte der Summe auf. Die Hilfen sollen demnach an 47 Länder der Südhalbkugel sowie Organisationen vor Ort gehen. Viele Staaten – vor allem in Afrika – machen die westlichen Sanktionen gegen Russland für die Lebensmittelknappheit verantwortlich.

Zudem verständigten sich die sieben führenden westlichen Industriestaaten darauf, mögliche Preisobergrenzen für russisches Öl und Gas zu prüfen. Die EU werde mit internationalen Partnern Möglichkeiten zur Senkung der Energiepreise ausloten, heißt es im Entwurf zur gemeinsamen Abschlusserklärung. (Die Endfassung lag bei Abfassung dieses Artikel noch nicht vor, dürfte sich aber von der Vorlage kaum unterscheiden,)

Der G7-Gipfel in Elmau endete heute. Mehrere Teilnehmer reisten direkt weiter zum NATO-Gipfel in Madrid, der heute Abend informell beginnt und morgen offiziell. Nicht nur zeitlich fließen beide Gipfel ineinander, sondern auch thematisch.

**Der Ukraine-Krieg wird auch zentrales Thema dieses NATO-Gipfels sein**, wo bis Donnerstag die Staats- und Regierungschefs der 30 NATO-Staaten tagen. Scholz, US-Präsident Joe Biden und andere Regierungschefs reisen aus Elmau direkt dorthin.

Bei den Beratungen in Spanien soll der Druck auf Russland erhöht und ein neues strategisches Konzept beschlossen werden. Besprochen werden dürfte auch die Aufnahme von Schweden und Finnland in das Militärbündnis. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez gab sich zuversichtlich, daß dies trotz der Einwände der Türkei gelingen könne. „Sonst gehen die Gespräche weiter“, so Sánchez.

Vom NATO-Gipfel solle eine Botschaft der Einigkeit, aber auch der Abschreckung ausgehen. *„Wir müssen eine Botschaft der Abschreckung senden; daß wir bereit sind, jeden Zentimeter alliierten Territoriums zu verteidigen“*, sagte Sánchez.

### **Zusammenfassende Wertung**

Während Moskaus Aggression der ukrainischen Bevölkerung und den Streitkräften des Landes einen furchtbaren Tribut abverlangt, müssen die westlichen Staats- und Regierungschefs nach Möglichkeiten suchen, den Druck auf Putin zu erhöhen und dabei zugleich sicherzustellen, daß die NATO nicht direkt in den Krieg hineingezogen wird. Mit ihrem neuen Unterstützungspaket für die Ukraine haben die Staats- und Regierungschefs der G7 in Bayern den richtigen Ton getroffen und ‚finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung‘ zugesagt – und zwar ‚so lange es nötig ist‘. Diese Rhetorik in wirksame Maßnahmen umzusetzen, wird allerdings alles andere als einfach sein.

### **Ein Thema ist zu kurz gekommen, verdient aber höchste Beachtung: China**

Die G7 – bei allem Verständnis für die derzeitige Konzentration auf Russland – dürfen China nicht außer Acht lassen. Russland steht wegen des Ukraine-Kriegs kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, und auch militärisch ist es geschwächt. Putin muß erkennen, daß er nicht die gesamte Ukraine besetzen kann. Dann bleiben ihm nur noch die Atomwaffen als Abschreckung.

**China dagegen ist in der Lage, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch mit den USA mitzuhalten. Außerdem ist es Peking gelungen, mit seinem ‚Seidenstraßen-Projekt‘ viele Länder von sich abhängig zu machen. Deshalb wollen die G7 nun richtigerweise mit einem eigenen Investitionsprojekt dagegenhalten.**

Aber der Westen sollte sich davor hüten, mit China in ein Hilfsprojekte-Wettrennen einzusteigen und bei Krediten ein Auge zuzudrücken. Dieser Versuchung sollten die EU und die G7-Staaten widerstehen. Die Geschichte der Entwicklungspolitik strotzt vor Projekten, für die reichlich Geld zur Verfügung stand, die aber an Unwirtschaftlichkeit, Fehlern im Design oder schlicht in einem Sumpf von Korruption und Mißwirtschaft versanken.

**Und noch eine Erkenntnis: Mit Blick auf Staaten wie Indien, Brasilien, Südafrika und andere, die sich weder dem Westen noch Russland oder China anschließen wollen: Westliche Regierungschefs werden nicht müde zu behaupten, daß die Welt gegenüber Russland geschlossen sei – das ist aber nicht so. Lediglich 36 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten, die sich klar gegen den russischen Krieg**

**positionieren und gegen Russland Sanktionen verhängen. Immerhin 32 Prozent aber leben in Ländern, die eher unabhängig bleiben wollen – dazu zählen Indien, Brasilien oder Südafrika.**

Diese Unabhängigen verfolgen ihre eigenen, ganz unterschiedlichen Interessen. Die führenden Industriestaaten sollten alles daransetzen, diese Staaten für die Verteidigung der internationalen Ordnung zurückzugewinnen. Dafür muß der Westen die Interessen der Länder respektieren und die Zusammenarbeit mit ihnen so vertiefen, daß eine Partnerschaft für beide Seiten ein Gewinn ist.

**In Bezug auf die NATO scheinen die Mitgliedstaaten neues Selbstbewußtsein getankt zu haben.** Noch vor drei Jahren stand das Verteidigungsbündnis durch gescheiterte Interventionen in Libyen und im Irak zermürbt da. Intern war die NATO gespalten und dem Spott des damaligen US-Präsidenten Trump ausgesetzt. Der französische Präsident Macron hatte das Bündnis gar für ‚hirtot‘ erklärt. Jetzt zeigt sich ein völlig anderes Bild:

**Die wichtigste Änderung bei der NATO ist ihr Ton gegenüber Moskau.**

Vor rund 20 Jahren wurde Russland noch als ‚strategischer Partner‘ betrachtet. Nun kehrt das Bündnis zu den Termini des Kalten Krieges zurück. Vier Monate nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine steht die NATO als wiedererstarktes Bollwerk gegen die russische Aggression da. Und diesmal darf man feststellen: zu Recht! Es steht außer Frage, daß der NATO-Gipfel in der spanischen Hauptstadt diese Bezeichnung voll und ganz verdient. Denn das von den USA geführte Militärbündnis sieht sich mit der schwersten Sicherheitskrise seit mehr als einem halben Jahrhundert konfrontiert. Bei diesem Treffen soll die geostrategische Weltordnung im dramatischen Kontext eines Krieges auf europäischem Boden neu definiert werden. Die NATO-Staaten sind sich bewußt, daß das, was sie in den nächsten zwei Tagen in Madrid beschließen werden, die europäische und vielleicht auch die globale Sicherheit für Jahrzehnte prägen wird.

**Auch das gehört zum Fazit: Kosten, Aufwand, „Ertrag“**

Die Diskussionen und Ankündigungen auf dem G7-Gipfel wie die 600 Milliarden Dollar umfassenden Infrastrukturprojekte sind gwiß wichtig. Aber die Frage darf gestellt werden, ob man dafür solche Mammutgipfel braucht. Warum es erst eines G7-Gipfels bedurfte, um Putin enorme Einnahmen über den Kauf von Gold zu nehmen, ist kaum zu erklären. Und der Ölpreisdeckel, mit dem verhindert werden soll, daß Russland angesichts exorbitant gestiegener Energiepreise mittlerweile mindestens ähnlich hohe Einnahmen hat wie vor der Verhängung der Sanktionen, gibt nur Sinn, wenn weit mehr Länder mitziehen als nur die G7-Staaten.

Die netten Bilder vor dem Wettersteingebirge mögen das Image eines nüchternen Kanzlers in der Welt aufpolieren. Daß aber sage und schreibe 18.000 Polizisten erforderlich sind, um die Mächtigen der Welt zu schützen, und daß **fast 180 Millionen Euro an Steuergeldern in den Bergen von Garmisch verbrannt werden**, das müßte einem sozialdemokratischen Kanzler eigentlich kein schlumpfiges Grinsen, sondern die Schamesröte ins Gesicht treiben!

\*\*\*\*\*

**Die Bedrohung durch den Islam und die Feigheit unserer Eliten**

*Von Peter Helmes*

## **Eine bittere Bilanz**

**Was tun wir angesichts der Gefahr, die bei uns bereits greifbar ist – oder wie es gerne heißt, buchstäblich „ins Haus steht“? Wehren wir uns? Erkennen wir die Gefahr, die vom Islam ausgeht? Gefahr für unsere Kultur, unsere Gesellschaft, unsere Freiheit?**

**Unsere „Eliten“ sind längst selbst an der von ihr geschaffenen Political Correctness erstickt, wurden zu Opfern des von ihnen geschaffenen Droh- und Bestrafungsszenarios bei Verstößen gegen die Regeln der linken Gesinnungsdiktatur und sind zu erbärmlichen Feiglingen geworden, gemessen an ihrem eigenen Anspruch der Pflicht des Aufbegehrens gegen jede Form menschengemachter Ungerechtigkeit. Daß diese „Eliten“ angesichts der realen Bedrohung durch den totalitären und frauenfeindlichen Islam, der die Menschheit in „Rechtgläubige“ und „Ungläubige“ einteilt und gegen Zweitere einen erbarmungslosen Kampf führt (Karl Marx), ihren Mund verschließen, ist das beste Indiz dafür, daß wir uns heute in einer (linken) Gedanken- und Meinungsdictatur befinden, wie wir sie etwa in der damaligen DDR vorfanden.**

Wo sind sie geblieben, all die Wilhelm Reichs, Theodor Adornos, Jürgen Habermas', Herbert Marcuses, Erich Fromms, Walter Benjamins, Friedrich Pollocks – all die Vertreter und Anhänger der „kritischen“ Frankfurter und sonstiger „Schulen“, die unter ihrem geistigen Mikroskop jeden noch so unscheinbaren Krümel des Kapitalismus mit geradezu forensischer Akribie untersucht und dann in ihrem angeblichen Einsatz für die Universalität von Menschenrechten zu Tode analysiert haben? Wo ist deren gegenwärtiger Einsatz für Menschen- und Frauenrechte angesichts der Bedrohung der westlichen Welt durch den Islam? Wo sind deren Stimmen, Wahlkampfreden (Günter Grass), Essays, Rotbuch-Verlage, Sit-ins, „kritische“ Schulen, Buchbesprechungen, Zeitungsartikel?

Während die erste Garde der Intellektuellen also in geistiger Erstarrung verharrt, übt sich deren zweite Garde in Gestalt des Journalismus und der meisten Politiker in wütender und gutmenschlicher Verteidigung einer „Religion“, die zu den schlimmsten und menschenverachtendsten Ideologien der Menschheitsgeschichte zählt und nach allen menschenrechtsrelevanten Gesichtspunkten von jedem westlichen Verfassungsgericht sofort verboten werden müßte. Mehr noch:

**Islam-Kritiker werden mit den übelsten Beschimpfungen und Vorwürfen von Rassismus, Neo-Nazismus und Islamophobie überzogen – Vorwürfe, die etwa genauso intelligent sind, also hätte man vor Jahrzehnten Kritikern des Nationalsozialismus Rassismus oder Nazi-Phobie vorgeworfen. Man darf und muß sie hier namentlich nennen, diejenigen – wie Günter Grass, Claudia Roth oder Jürgen Todenhöfer etwa –, die sich mit dem selbsternannten Etikett von Schützern von Menschenrechten, Religionsfreiheit und der Gleichheit von Mann und Frau schmücken, in Wahrheit jedoch in ihrem Eintreten für den Islam genau zu dessen Gegenteil beigetragen haben.**

Sie alle und tausende Ungenannte mehr unterstützen den Islam, der (in Bezug zur Stellung der Frau) nichts anderes ist als ein archaisches und gleichwohl bestens durchorganisiertes Geschlechter-Trennungssystem zum einseitigen Vorteil des Mannes und zum totalen Nachteil der Frau.

**Der Islam allein trägt die Verantwortung für die alljährlich Tausenden von „Ehrenmorden“ an seinen Frauen sowie deren Zwangs-Verhüllung, Zwangsheiraten und für massenhafte weibliche Genitalverstümmelungen – Maßnahmen, die allesamt dem Ziel der totalen Kontrolle des Mannes über die Frau dienen.**

Wie der Islam – global betrachtet – seine Anhänger systematisch zur Abneigung der „Ungläubigen“ erzieht, so erzieht er seine Männer zu einem Frauenbild, nach der Frauen unter seiner totalen Verfügbarkeit stehen und ihm wie eine Sache gehören: wie bei einem Spielzeug, das nicht mehr richtig „funktioniert“, darf er die Sache Frau – einem zornigen Kleinkind gleich – zertrümmern, zerschneiden, zerhacken, ihr die Augen ausstechen. Gewiß, nicht alle muslimischen Männer tun dies. Doch wenn sie es nicht tun, dann nicht wegen, sondern trotz ihres Glaubens. Aber unter den Männern, die solche Verbrechen verüben, sind die meisten muslimischen Glaubens.

In seiner Gesamtheit betrachtet, unter Einbeziehung der grausamen Scharia, der Zwangsehe, der Sexualverstümmelungen und Ehrenmorde, unter Einbeziehung des 2000fachen Befehls zur Tötung aller „Ungläubigen“ und unter Berücksichtigung des islamischen Primärziels einer zukünftigen islamischen globalen Herrschaft skizzieren die Worte des pakistanischen Rationalisten und Aufklärers Younus Shaikh das Wesen des Islam besonders treffend, wenn er vermerkt:

**„Islam ist ein organisiertes Vergehen gegen die Menschlichkeit“  
Das gilt erst recht, wenn man feststellen muß, daß die islamischen Langzeit-Strategen selbst keinen Hehl aus ihren wahren Absichten machen. Man müßte ihnen nur aufmerksam zuhören.**

**Schuld an dieser Entwicklung tragen Politiker und Journalisten in den westlichen Ländern. In den „politisch korrekten“ Medien haben sie jahrzehntelang jede Islamisierung vehement abgestritten, gleichzeitig jene, die darauf hinwiesen, zu Rassisten und Nazis erklärt – und wenn die Islamisierung nicht mehr zu leugnen ist, den Islam gesundgebetet.**

Unsere Kinder und Enkel werden einmal die äußerst unangenehme Frage stellen, ob wir das nicht hätten kommen sehen und die Islamisierung nicht hätten verhindern können, so wie meine Generation unsere Eltern gefragt hat: „*Warum habt Ihr Hitler nicht verhindert?*“ Kaum jemand hat sich damals für dessen Buch „Mein Kampf“ interessiert, und wenn doch, dann nicht geglaubt, daß Hitler es so meinte, wie er es geschrieben hat. Ähnlich macht sich heute fast niemand die Mühe, den Koran, die Hadithe und die Biographie Mohammeds zu lesen. „*Islam ist eben Frieden*“, das glaubt man zu wissen. Die Politiker sagen es, die Kirchen auch, dann wird es schon stimmen.

**Weltherrschaftsanspruch des Islam – islamischer Angriff gegen Europa**

Die aktuellen Angriffe der Moslems gegen Europa haben nichts mit der Situation im Nahen Osten zu tun. Sie gehen unmittelbar zurück auf den Weltherrschaftsanspruch des Islam. Überall auf der Welt kämpfen Moslems für diesen Weltherrschaftsanspruch. Dabei ist ihnen jeder Anlaß willkommen, dieses Ziel auch rücksichtslos zu verfolgen – siehe die grausamen Attentate der letzten Jahre in Europa.



Nicht erst heute, sondern seit 1400 Jahren verbreitet die politische Ideologie des Islam Angst und Schrecken unter den Völkern. **Dem Islam werden rund 300.000.000 (300 Millionen) im Namen Allahs begangene Untaten vorgeworfen: Meistens trifft es die „Ungläubigen“, also Nicht-Moslems.** Dies geht direkt auf die 2.000 Befehle Allahs bzw. seines „Propheten“ Mohammed zum Töten sog. Ungläubiger zurück. Historiker schätzen die Zahl der Opfer, die direkt oder indirekt durch Maos Politik umgebracht wurden, auf **45 bis 50 Millionen Menschen** – eine erschreckende Zahl. Dem Islam hingegen fielen bis heute etwa **270 Millionen Menschen**, vor allem Christen, zum Opfer. **Mohammed war grausamer als Mao-Tse-tung (Mao Zedong).**

**Jahr für Jahr – JEDES Jahr – werden etwa 100.000 Christen im Namen Allahs gefoltert, vergewaltigt oder grausam abgeschlachtet.** Während das Christentum eine Religion des Friedens ist (*„Liebe Deine Feinde, tu Gutes denen, die Dich hassen!“*), ist der Islam jedoch eine Ideologie des Krieges und des Kampfes gegen die „Ungläubigen“. Unser gütiger, liebender Gott steht gegen einen gnadenlosen Allah.

### **Die Lüge von den islamischen „Verteidigungskriegen“**

Die Wahrheit ist: Der Islam mußte sich so gut wie nie verteidigen. Er war fast immer der Aggressor. So war der Islam von Anfang an eine massive Bedrohung für Europa (und die Welt). Er hat sich über weite Strecken durch Krieg, Tötungsakte, Sklaverei und Zwangsislamisierung verbreitet – von Spanien bis Indonesien, von Mali bis Usbekistan. Der neue Feldzug des Islam geht gegen Europa. Wir sind direkt betroffen.

Und um den häufigsten Einwand „guter Menschen“ gleich vorwegzunehmen: Die Kreuzzüge waren keine Eroberungsfeldzüge von Christen, sondern eine legitime Reaktion auf die mörderische islamische Aggression gegen Europa. Der Grund dafür, warum uns Europäern diese Kriege dauernd um die Ohren geschlagen werden, liegt darin, daß uns Schuldgefühle eingeflößt werden sollen.

### **Wo der Islam Einzug hält, da erstirbt jede Vielfalt und Toleranz**

Der Islam toleriert nur sich selbst – sowohl als Religion als auch als politisches System. Wer kein Moslem ist, wer sich zu einer anderen Religion als dem Islam bekennt, wird denunziert, verfolgt und notfalls getötet. Seit 1400 Jahren zerstören radikale Moslems die Kunstschatze und Gotteshäuser der eroberten Länder. Nichts soll nachfolgende Moslemgenerationen einmal mehr daran erinnern können, daß vor ihnen eine Hochzivilisation genau dort existierte, wo sie heute leben.

### **Die politische Ideologie des Islam und der Extremismus sind Synonyme**

Für die Islamgläubigen ist sein Glaube der Sinn des Lebens, aber das gibt ihnen nicht das Recht, Menschen umzubringen und alle Freiheitssymbole und Werte mit Füßen zu treten. Das passiert aktuell in vielen europäischen Ländern, die ihre Türen weit für die „friedlichen“ Moslems geöffnet haben!

Der Koran lehrt zu fürchten und zu erniedrigen. **Gewalt wird als ein legitimes Mittel zur Verbreitung der Religion eingestuft, 204 Suren des Koran enthalten sehr genaue Anleitungen, wie man die „Nichtgläubigen“ bzw. „Ungläubigen“ erledigen kann.** Der Prophet Mohammed hatte den Respekt für den Koran mit Gewalt erreicht – die Länder

wurden mit Feuer und Schwert regiert. Die Verlierer durften entscheiden – entweder ihr Leben im siedenden Öl beenden oder den „wahren“ Glauben annehmen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Islam auch in ganz Europa Fuß fassen wird. Bereits jetzt popularisieren diverse Vorbereitungsgruppen, getarnt als harmlose Vereine, eine lasche Migrationspolitik, und unsere unfähige - auch unter CDU-Federführung - hat gute Voraussetzungen geschaffen, damit diese „Missionare des Islam“ in großen Scharen in jedes europäische Land kommen.

**Deshalb können wir es auf keinen Fall zulassen, daß bei uns so viele Moscheen gebaut und andere Symbole des „friedlichen“ Islam popularisiert werden.**

Die Moscheen sind keine Gotteshäuser, sondern Festungen, von denen aus der Islam verbreitet werden soll. Der türkische Präsident Erdogan hatte es klar ausgesprochen: **„Moscheen sind unsere Kasernen, Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Gläubigen unsere Soldaten.“**

(Quelle: aus dem Gedicht “İlahi Ordu” (“Göttliche Armee”)); in Deutschland bekannt geworden durch Tayyip Erdogans Zitierung, hurriyetim.com.tr, <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=99286> bzw.: <https://beruhmte-zitate.de/zitate/138366-ziya-gokalp-die-minarette-unsere-bajonette-die-kuppeln-unsere/> )

Weder radikale Islamisten noch gleichgültige Politiker und Pseudoliberaler dürfen bestimmen, was wir essen, was wir tragen, welche Karikaturen wir zeichnen und wie wir uns benehmen.

**Europa kann nur dann Europa bleiben – wenn wir es selber schaffen, gegen die Barbaren und deren ideologische Beschränktheit Front zu machen!**

**Der Islam wird oft fälschlich als Religion dargestellt, wobei der westliche Religionsbegriff willkürlich übertragen wird auf den Islam, ohne die elementaren Unterschiede des Islam im Vergleich zu anderen Religionen auch nur ansatzweise zu berücksichtigen. Diese sind:**

**\* der politische Herrschaftsanspruch,**

**\* die hierzu gehörende Rechtsprechung, die in einzigartiger Weise (Sharia) Religion und Justiz verschmolzen hat, sowie**

**\* das zentrale Vorbild für die islamische Gesellschaft in Form des Propheten Mohammed.**

Dieser „Prophet“ Mohammed war kein pazifistisch-religiöser Verkünder wie Jesus oder Buddha, sondern Regent einer staatsähnlichen Ideologie, der Angriffskriege führte, Karawanen ausrauben ließ, Attentate an Kritikern in Auftrag gab, Sklaven hielt und als Richter fungierte – ein Herr über Leben und Tod.

**Die Rolle des Propheten**

**Islamisten, also die radikalen Moslems, können sich auf den Propheten berufen, weil dieser im Prinzip nicht anders gehandelt hat als die heutigen Islamisten.**

Die Gleichsetzung von Gewalt in der islamischen Welt mit Islamismus unterschlägt zugleich die Opfer durch den Islam und die durch diesen inspirierten Alltagsnormen und Rechtsfolgen.

Tatsächlich ist die Anzahl der Gewaltopfer innerhalb der islamischen Gesellschaften durch islamisch inspirierte Gewalt weitaus höher als jene, die man üblicher Weise dem Islamismus zurechnet. Hinzu kommt die generelle Unterdrückung der Menschenrechte durch allerlei islamische Verhaltensnormen.

**Die Abgrenzung des Islamismus vom Islam ist ein Konstrukt, um den Islam vom Gewaltvorwurf zu entlasten.** Selbst der türkische Ministerpräsident Erdogan sagt, daß es nur den einen Islam gibt:

*„Es gibt keinen moderaten oder nicht-moderaten Islam. Islam ist Islam, und damit hat es sich.“*

Der Maßstab „*Menschenrechte*“ wird gemieden, um den Islam zu bewerten. Stattdessen reduziert man die negativen Aspekte (gemäß menschenrechtlicher Maßstäbe) auf den Terror des Islamismus. Diese Einteilung ist zwar politisch zweckdienlich, vom menschenrechtlichen Standpunkt aus gesehen jedoch bedenklich.

**Das islamische (Un-)Recht und der Leitgedanke des Djihad zur Durchsetzung des Islam mittels Gewalt und/oder (repressiver) Alltagsnormierung sind von Anfang an Bestandteil der islamischen Kultur. Von ihr leiten sich menschenrechtsfeindliche Strömungen innerhalb des Islam ab.**

**All diese Strömungen erhalten Inspiration und Legitimation durch die Gesetze und religiösen Schriften des Islam. Man kann sie nicht trennen vom Islam als Religion, weil sie lediglich versuchen, die Inhalte der islamischen Lehre praktisch umzusetzen.**

Die Akzeptanz islamischen Unrechts nimmt beständig zu und gilt gemäß der Norm der kulturellen Weltoffenheit und eines verbrämten „Antirassismus“ sogar als Beweis besonderer Progressivität. Folglich wollen immer mehr Menschen im Westen vor sich selbst und anderen derart positiv in Erscheinung treten und unterstützen selbst fundamentalistische Elemente des Islam wie die Geschlechterapartheid und die Polygamie.

**Die wichtigste Besonderheit des Islam ist sein unersättlicher Machtanspruch. Der Islam will beherrschen. Der Idealzustand für den Islam ist die absolute Herrschaft überall. Dies ist keine neue Ideologie, noch weniger ein Ziel der ‚islamischen Extremisten‘, sondern der Befehl Allahs.**

#### **Demokratie und Islam sind unvereinbar**

Da für jeden gläubigen Moslem der Koran, die Sunna und die Sharia in Offenbarungen Allahs gründen, sind diese für ihn nicht nur absolut verpflichtend, sondern auch jedem anderen, von Menschen geschaffenen Gesetz übergeordnet. Da andererseits die Sharia und unser Grundgesetz nicht kompatibel sind, entstehen notgedrungen unlösbare Glaubens- und Gewissenskonflikte, wenn ein Moslem gezwungen sein sollte, sich zwischen den „göttlichen“ Prinzipien seines Glaubens und denen unserer säkularen Gesetze zu entscheiden.

**„Integration“ bedeutet für fromme Muslime im Zustand der Minderheit und Schwäche keineswegs Einordnung, Auseinandersetzung und kulturelle Korrespondenz mit den Gegebenheiten des aufnehmenden Landes, sondern Absonderung.**

Ermöglicht wird dies alles auf ganz legalem Wege mit Hilfe der Demokratie selbst, die implizit die Gesetzlichkeit enthält, nach der man sie, unter Ausnutzung des Rechtssystems und der demographischen Situation, abschaffen kann.

**Im Koran wird eindeutig zur religiös begründeten Ablehnung und Diskriminierung, ja sogar zum Töten von Menschen aufgefordert, deren „Schuld“ allein darin besteht, ein anderes Welt- oder Gottesbild zu haben.**

**Das steht zweifellos im unüberbrückbaren Widerspruch zu westlichen, freiheitlichen demokratischen Verfassungen, und es besteht auf Grund dieser Fakten gar kein Zweifel, daß weder die Sharia mit unserer Verfassung, noch der Islam, der eine als Religion getarnte totalitäre Gesellschaftsordnung darstellt, mit der Demokratie vereinbar sind.**

*Der Muslim ist in seinem gesamten Leben und Handeln dazu aufgerufen, sich an den Quran (Koran) und die Sunna des Gesandten (saw) zu halten. Diese beiden Rechtsquellen des Islam haben oberste Priorität in den Handlungen und den Denkweisen der Muslime.*

**Zwischen diesem islamischen Recht, das sich als offenbartes Gesetz Allahs versteht, und den allgemeinen Menschenrechten, die säkulare Errungenschaften menschlichen Geistes darstellen, bestehen unüberbrückbare Gegensätze, da das islamische Rechtssystem unter anderem auf dem Grundsatz der Verschiedenheit von Mann und Frau und von Muslimen und Nicht-Muslimen basiert.**

**Fazit:**

**Adé abendländische Leitkultur! WIR müssen uns integrieren!**

Leitkultur war gestern. Nicht die Migranten, sondern die teutonischen Alteingesessenen müssen sich integrieren. Aydan Özoguz – 2011 bis 2017 eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD und von 2013 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Staatsministerin) – formulierte unmißverständlich: *„Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein.“*

**Deutschland im Multikulti-Rausch ins Grüne! Wer glaubt da noch an eine Umkehr?**

\*\*\*\*\*

## **Umerziehungslager: Eine brisante Geheimdokumentation aus Xinjiang**

*Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist \*)*

**Für den deutschen Professor Dr. Adrian Zenz ist die Dokumentation „Xinjiang Police Papers“ eine Sensation, das größte Leak aus chinesischen Lagern in der westlichen Provinz Chinas, eine Fundgrube.**

**In der Vergangenheit gab es wiederholt Hinweise auf Lager, die China als „Umerziehungslager“ bezeichnet hat. Ziele waren muslimische Uiguren – etwa eine Million von insgesamt 10 Millionen, die verschiedene Lager durchlaufen mussten. Weder westliche Politiker noch Journalisten hatten jemals die Gelegenheit, die Lager im Inneren zu besichtigen. Das Geheimnis ist jetzt gelüftet.**

Prof. Zenz ist die Dokumentation von anonymer Quelle zugespielt worden. Die

Dokumentation wurde weltweit an 14 Medienhäusern geschickt – darunter auch an den „Spiegel“ in Deutschland. Zur Verifizierung der Echtheit wurden unabhängige Experten mit der Prüfung beauftragt. Es gab keine Verdachtsmomente.

**Ausgewählte Leser – auch Professor Zenz – waren vom Text und den Photos entsetzt. Tausend Photos und Texte zeigen ein menschenverachtendes System mit schweren Folterungen bis zum bitteren Ende.** Die Angehörigen leiden mit, da sie nicht wissen, wie es dem Sohn oder Vater geht.

**Das Ansehen Chinas wird unter dieser Tragödie weiter leiden.**

China hat mehr interne Probleme. Die rigide Null-Covid-Strategie hat für die Bevölkerung und die Wirtschaft negative Folgen.

Der größte Hafen Shanghai wurde zwei Monate blockiert. Die Schiffe konnten ihre Fracht nicht entladen. Es bildeten sich kilometerlange Staus. Viele „Werkstätige“ wurden arbeitslos und „flohen“ auf das Land zu ihren Familien.

**Die chinesische Regierung hat bislang auf das „größte Leak“ (Prof. Adrian Zenz) nicht reagiert, was kein Wunder ist.**

Die Gesamtstrategie „Belt and Road“ wird auf Kosten der Länder weiter gebaut, die die betroffenen Länder von China großzügig angeboten. Nach wenigen Jahren können die Kreditnehmer die Schuldzinsen nicht mehr leisten. Die Bau ruinen werden von China übernommen – ohne Entschädigung.

**Weitere Ausnutzung der chinesischen „Partner“**

Der Alleinherrscher Xi Jinping braucht den Volkskongress nicht zu befürchten. Es gibt zwar Unmutsbekundungen in der Bevölkerung und in der Parteiführung, aber die 6000 Mitglieder werden wieder einstimmig den Alleinherrscher wählen. Die Fangarme der Gesamtstrategie „Belt and Road“ haben die Mitte Europas bereits erreicht.

**Es bleibt spannend in der Welt. Im Ausland wird das zögerliche Verhalten offen kritisiert. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Die „unzerbrechliche Freundschaft“ von China und Russland hat einen Knacks bekommen. Putin ist enttäuscht über die spärliche Unterstützungen durch China – ein Zeichen seiner (Putins) Selbstüberschätzung.**

China ist eine Weltmacht, Russland ist lediglich „Juniorpartner“, für den China kein Risiko eingeht.

Es hat eigene Sorgen wegen Taiwan und der rigiden Null-Corona-Strategie, unter der die Bevölkerung und die Wirtschaft leiden.

\*\*\*\*\*

\*) **Brig.General a.D. Dieter Farwick** wurde am 17. Juni 1940 in Schopfheim, Baden-Württemberg, geboren. Nach dem Abitur wurde er im Jahre 1961 als Wehrpflichtiger in die Bundeswehr eingezogen. Nach einer Verpflichtung auf Zeit wurde er Berufssoldat des deutschen Heeres in der Panzergrenadiertruppe. Vom Gruppenführer durchlief er alle Führungspositionen bis zum Führer einer Panzerdivision. In dieser Zeit nahm er an der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie in Hamburg teil. National hatte er Verwendungen in Stäben und als Chef des damaligen Amtes für Militärisches Nachrichtenwesen. Im Planungsstab des Verteidigungsministers Dr. Manfred Wörner war er vier Jahre an der Schnittstelle Politik-Militär tätig und unter anderem an der Erarbeitung von zwei Weißbüchern beteiligt. Internationale Erfahrungen sammelte Dieter Farwick als Teilnehmer an dem einjährigen Lehrgang am Royal Defense College in London.

In den 90er Jahren war er über vier Jahre als Operationschef im damaligen NATO-Hauptquartier Europa-Mitte eingesetzt. Er war maßgeblich an der Weiterentwicklung des NATO-Programmes 'Partnership for Peace' beteiligt.

Seinen Ruhestand erreichte Dieter Farwick im Dienstgrad eines Brigadegenerals. Während seiner aktiven Dienstzeit und später hat er mehrere Bücher und zahlreiche Publikationen über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte veröffentlicht.

Nach seiner Pensionierung war er zehn Jahre lang Chefredakteur des Newsservice worldsecurity.com, der sicherheitsrelevante Themen global abdeckt.

Dieter Farwick ist Beisitzer im Präsidium des Studienzentrum Weikersheim und führt dort eine jährliche Sicherheitspolitische Tagung durch.

Seit seiner Pensionierung arbeitet er als Publizist.

\*\*\*\*\*

## **Selbst der reformerische Kardinal Kasper verschärft seine Kritik am Synodalen Weg**

*(Eigener Bericht)*

Wenige Tage, nachdem der Wiener Kardinal Christoph Schönborn auf klare Distanz zum deutschen Synodalen Weg ging, hat der ebenfalls zum Reformflügel zählende Kardinal Walter Kasper schärfste Kritik am deutschen Vorgehen geübt.

In einem Beitrag für die Initiative „Neuer Anfang“ unterzieht der ehem. vatikanische Ökumene-Chef die deutschen Bischöfe mit dem Vorwurf, einen von drei Pfeilern, auf denen die Kirche ruht – nämlich das Bischofsamt – zu zerstören.

**Das Bischofsamt sei „bis heute in Ost und West allen Kirchen des ersten Jahrtausends gemeinsam ... Wer an diesem Pfeiler sägt, der bricht der Kirche das Genick.“**

Kasper bezieht sich auf die Absicht einiger deutsche Bischöfe, sich dauerhaft einem Synodalarat unterstellen und durch „Selbstverpflichtung“ die moralische Lebensführung ihrer Mitarbeiter nicht mehr in Betracht zu ziehen:

„Bischöfe können die ihnen übertragene Aufgabe und Autorität faktisch nicht mehr ausüben. Wenn sie in einem Akt der Selbstverpflichtung freiwillig darauf verzichten und erklären, den Entscheidungen der Synode oder des künftigen Synodalarats zu folgen.“

**Die vom Synodalen Weg geforderten „Selbstverpflichtungen“ der Bischöfe hält Kasper für einen „faulen Trick“. Kein Bischof könne für sich (und schon gar nicht für seine Amtsnachfolger) auf die Ausübung seiner Rechtspflichten verzichten.**

*„Man stelle sich einmal einen Beamten vor, der sich ernennen lässt, dann auf die Ausübung seine Rechtspflichten verzichtet. Ein dienstrechtliches Verfahren wäre ihm sicher.“*

Kasper sieht in dem strategischen Manöver mit den Selbstverpflichtungen verfassungsrechtlich sogar „einen, Coup, ... einen versuchten Staatsstreich“ in der Kirche. Kasper: „*Letztlich käme eine solche Selbstverpflichtung einem kollektiven Rücktritt der Bischöfe gleich.*“

In eindringlichem Ton erinnert der fast neunzigjährige Kardinal die deutschen Bischöfe an das, was „*jeder Bischof bei seiner Bischofsweihe öffentlich versprochen (hat). Darüber werden wir einmal Rechenschaft abgeben müssen.*“

Kasper beschwört seine Mitbrüder: „Dabei werden wir mit rein taktischen Gesichtspunkten nicht durchkommen.“

Ebenso vornehm wie klar in der Sache spricht der Kirchenführer Kasper den Richterstuhl Gottes nur in eigener Sache an: „Ich habe nicht über andere zu urteilen; ich kann nur sagen, dass ich nicht sehen kann, wie ich beim letzten Gericht einzelne schon beschlossene Aussagen (gemeint ist: auf dem Synodalen Weg) als mit dem Evangelium vereinbar vertreten könnte.“

\*\*\*\*\*

## ***Stellungnahme der Initiative NEUER ANFANG***

**Kardinal Walter Kasper erklärt in seinem Vortrag zum Online-Studentag von Neuer Anfang, warum die aktuellen Selbstverpflichtungen der Bischöfe auf Verzicht der Anwendung von Kirchenrecht nur ein „fauler Trick“ sind, der einem kollektiven Rücktritt der Bischöfe gleichkäme und warum Synoden nur außerordentliche Unterbrechungen sein können und keine synodalen Kirchenregierungen.**

### **1. Die Kirche braucht Erneuerung und Reform**

Das Thema, um das es im Folgenden geht, liegt mir persönlich am Herzen. Es geht um wahre und falsche Reform. Es begleitete mich durch meine ganze Lebensgeschichte. Ich bin als Gymnasiast nach dem II. Weltkrieg mitten in der damaligen Reformdebatte groß geworden. Wie viele Altersgenossen hat auch mich ein Wort von Romano Guardini geprägt, das dieser schon nach dem I. Weltkrieg 1922, also vor genau 100 Jahren formuliert hatte, und das nun nach der Katastrophe des Dritten Reichs und des II. Weltkrieges neu aktuell wurde: „Ein religiöser Vorgang von unabsehbarer Tragweite hat eingesetzt: Die Kirche erwacht in den Seelen.“

Das würde heute kaum jemand wiederholen. Heute gilt eher: Die Kirche stirbt in vielen Seelen. Doch damals nach dem Ende des Krieges, als Deutschland nicht nur physisch, sondern auch moralisch in Trümmern lag, war die Zeit der Nachblüte der kirchlichen Jugendbewegung zwischen den beiden Weltkriegen; es war die Zeit der liturgischen Bewegung und der Bibelbewegung. Uns prägte – und es prägt mich noch – das Leitwort von der *neuen Lebensgestaltung in Christus*. Es ging uns um eine Erneuerung der Kirche von Jesus Christus her.

In den Vorlesungen hörten wir mit Interesse von Erneuerungsbewegungen in Frankreich, das sich bereits damals als Missionsland definierte und mit der *Mission de France* und der *Mission de Paris* gegenzusteuern versuchte. Der damalige Erzbischof von Paris, Kardinal Suhard, schrieb 1947 den berühmt gewordenen, geradezu prophetischen Pastoralbrief: *Essor ou déclin de l'Église*, Aufbruch oder Niedergang der Kirche. Er könnte ihn heute, 75 Jahre später, fast ebenso schreiben, er wäre heute so aktuell wie damals.

### **Aufbruchsstimmung und Reformbegeisterung 1959**

So waren wir innerlich vorbereitet, als wir am 25. Januar 1959 bei den Abendnachrichten völlig unerwartet hörten, Papst Johannes XXIII habe an diesem Tag in St. Paul vor den Mauern in Rom die Einberufung eines ökumenischen Konzils angekündigt und gleichzeitig

eine römische Synode als auch eine Reform des Kirchenrechtes. Das schlug ein wie eine Bombe. Die Aufbruchstimmung und die Reformbegeisterung von damals kann man heutigen Jugendlichen kaum mehr vermitteln und noch weniger verständlich machen. Mich prägt sie bis heute, und ich wüsste nicht, wie ich ohne diese frühen, positiven Erfahrungen heil durch die gegenwärtige Krise käme.

Das II. Vatikanische Konzil (1962-65) war ein Aufbruch. Mit Liturgiereform, der Neuentdeckung der Bedeutung des Wortes Gottes, einer erneuerten Sicht der Kirche und ihres Verhältnisses zur modernen Welt. Mit dem *Ja* zur Religionsfreiheit, zum ökumenischem Aufbruch, zur Versöhnung mit dem jüdischen Volk. Das alles waren Jahrhundertereignisse. Es ist darum schlicht falsch, wenn ich heute höre, die Katholische Kirche sei nicht reformfähig. Keine andere Kirche hat im 20. Jahrhundert eine vergleichbare Reform vorgelegt, wie es die Katholische Kirche getan hat.

Selbst ein flüchtiger Blick in Kirchengeschichte zeigt: Sie ist eine einzige Reform- und Erneuerungsgeschichte. Der Satz *Ecclesia semper reformanda*, d.h. die Kirche ist immer reform- und erneuerungsbedürftig, beschreibt die Wirklichkeit von fast 2000 Jahren Kirchengeschichte. Deshalb hat uns das letzte Konzil diesen Grundsatz gleich mehrfach ins Stammbuch geschrieben. Ausdrücklich sagt das Konzil: „Sie (die Kirche) ist zugleich heilig und stets der Reinigung bedürftig, sie geht immerfort den Weg der Buße und Erneuerung“ (LG 8; vgl. UR 4; GS 21; 43; AG 37).

Die Kirche ist also keine versteinerte, starre Institution, sondern vielmehr das wandernde Gottesvolk, das in der Geschichte bußfertig und umkehrbereit unterwegs ist.

## **2. Wahre und falsche Reform unterscheiden.**

Doch nun die Frage: Was bedeutet Erneuerung? Was bedeutet Reform? Es ist wichtig, gleich von Anfang an zu sagen: Erneuerung ist nicht Neuerung. Erneuerung meint nicht eben einmal etwas Neues ausprobieren und eine neue Kirche zu erfinden. Erneuerung meint vielmehr, wie schon im Alten Testament verheißen, sich vom Geist Gottes neu zu machen und sich ein neues Herz schenken zu lassen (Ez 36,26 f).

Genau das meint auch Reform. Reform bedeutet, die Kirche wieder in Form zu bringen – in die Form, die Jesus Christus gewollt und die er der Kirche gegeben hat. Jesus Christus ist der Grundstein, einen anderen kann niemand legen (1 Kor 3,10 f) und er ist zugleich der Schlussstein, der alles zusammenhält (Eph 2,20). Er ist der Maßstab, das A und O jeder Erneuerung.

Kirchenreform macht die Kirche nicht zu einer Verfügungsmasse, die man situationskonform jeweils neu kneten und gestalten kann. Wahrer Reform geht es nicht darum, möglichst zeitgemäß zu sein, sondern darum, möglichst Christus-gemäß zu sein. Schon die Würzburger Synode (1971-75) formulierte:

*„Die Krise des kirchlichen Lebens beruht letztlich nicht auf Anpassungsschwierigkeiten gegenüber unserem modernen Leben und Lebensgefühl, sondern auf Anpassungsschwierigkeiten gegenüber dem, in dem unsere Hoffnung wurzelt, ...Jesus Christus mit seiner Botschaft vom Reich Gottes“ (Unsere Hoffnung II,3).*

Die Identität der Kirche ist uns in Jesus Christus in allen Zeiten und für alle Zeiten vorgegeben. Er ist gestern, heute und in Ewigkeit derselbe (Hebr 13,8).



Wenn wir von Jesus Christus sprechen, dann meinen wir nicht den sogenannten *historischen* Jesus. Wir meinen den in den Himmel erhöhten, den lebendigen Herrn Jesus Christus. Der historische Jesus ist ein Konstrukt, das wir mit Hilfe unserer heutigen, historischen Methoden aus den historischen Quellen rekonstruieren. Was dabei herauskommt ist, wie **Albert Schweitzer** in seinem berühmten Werk über die historische Jesusforschung sagte, meist *der Herren eigener Geist*.

Jesus hat uns bei seinem Weggang aus dieser Welt kein Buch und keinen Kodex hinterlassen, aus dem wir herausklauben sollen, was Jesus wollte und sagte. Er hat uns den Hl. Geist, *den* Geist, den Geist der Wahrheit verheißen, der uns an alles erinnert, was er gesagt und getan hat und der uns in alle Wahrheit einführt (Joh 14,16; 15,26; 16,13). Das letzte Buch der Bibel, die Apokalypse bzw. die *Geheime Offenbarung des Johannes*, hält uns darum als Vermächtnis für die Zukunft insgesamt sechs Mal an, zu hören, was der Geist den Gemeinden sagt (Offb 2,7 u.a.).

### **Keine ideologischen Antworten nach Mehrheitsabstimmungen**

Eine Synode ist die Unterbrechung der normalen Geschäfte der Kirche, um sich Zeit zu nehmen, um gemeinsam zu hören und sich darüber auszutauschen, was der Geist uns heute zu sagen hat. Genauer, was er uns über die Korrekturen sagt, die wir vornehmen müssen, und über die Richtung, welche wir einschlagen sollen. Auf diese Fragen kann es keine ideologisch vorgegebenen Antworten geben, die man durch Mehrheitsabstimmungen durchsetzt. Das Ergebnis muss vielmehr im gemeinsamen Hören und Beten und im aufmerksamen Gespräch miteinander wachsen und reifen.

Synoden sind ein geistliches Ereignis. Sie waren in der Geschichte ein liturgisches Ereignis, bei dem zu Beginn das Evangelium feierlich inthronisiert und im Hymnus „Komm Schöpfer Geist“ der Hl. Geist angerufen wird. Das im Hl. Geist heutig ausgelegte Evangelium Jesu Christi soll den Vorsitz haben; es soll der Maßstab sein, an dem sich alle orientieren, um die Kirche neu in Form zu bringen.

### **Außerordentliche Unterbrechung statt Dauerinstitution**

Die Synode ist demnach eine außerordentliche Unterbrechung. Synoden lassen sich nicht institutionell auf Dauer stellen. Die Tradition der Kirche kennt keine synodale Kirchenregierung. Ein synodaler, oberster Rat, wie er jetzt in Aussicht genommen wird, hat in der gesamten Verfassungsgeschichte keinerlei Anhalt. Er wäre keine Erneuerung, sondern eine unerhörte Neuerung.

Nicht ein Theologe, sondern ein Politologe hat das kürzlich etwas boshaft ausgedrückt, indem er einen solchen Synodalen Rat, als einen Obersten Sowjet bezeichnet hat. Sowjet ist ein altrussisches Wort, das genau das meint, was wir in deutscher Sprache als Rat bezeichnen. Ein solcher Oberster Sowjet in der Kirche wäre offensichtlich keine gute Idee. Ein solches Räte-System ist keine christliche, sondern eine aus ganz anderem Geist oder Ungeist kommende Idee. Es würde die Freiheit des *Geistes, der weht, wo und wann er will*, abwürgen und die Struktur zerstören, die Christus für seine Kirche gewollt hat.

### **3. Evangelische Kriterien der Erneuerung und Reform**

Nun zur dritten Frage: Wie können wir wissen, was das Evangelium uns heute sagt? Die exegetische Forschung ist dafür zweifellos wichtig, aber sie ist sich in vielen Fällen nicht einig, sondern vielstimmig. Die Theologie hat zur Antwort auf diese Frage die Lehre von den *loci theologici* entwickelt, d.h. die Lehre von den Fundstellen. Heute sagen wir, die Lehre von den Bezeugungsinstanzen des Evangeliums.

Diese findet sich schon bei den Kirchenvätern und bei den mittelalterlichen Theologen; systematisch entfaltet wurde sie erstmals von Melchior Cano (16. Jh.), der im übrigen ein strenger Thomist war und allen Neuerungen zutiefst abhold war. Er hat 10 solcher Fundorte aufgezählt, sieben eigentlichen (*loci proprii*) (Hl. Schrift, apostolische Tradition, Konzilien u.a.) und 3 fremde (*loci alieni*) (menschliche Vernunft, Philosophie, Geschichte).

### **Wider die kirchliche Demenz**

Diese Lehre ist wichtig, weil sie uns sagt: Wenn wir das Evangelium einmütig auslegen wollen, dann genügt nicht eine Einmütigkeit, die wir *heute* untereinander finden, es bedarf auch einer Einmütigkeit mit dem Glauben *früherer* Zeiten der Kirche. In der theologischen Fachsprache redet man von einer synchronen Einmütigkeit heute und zugleich von einer diachronen Einmütigkeit mit der Tradition. Wir dürfen nicht geschichtsvergessen sein und meinen, an einem Nullpunkt neu anfangen zu können.

Solche Geschichtsvergessenheit ist eine der schlimmsten Krankheiten, mit denen ein Mensch geschlagen sein kann; wie nennen sie Demenz. Auch als Kirche dürfen wir nicht dement werden und unsere Identität verlieren. Wir dürfen aus dem Glauben schöpfen, in dem in der Vergangenheit unzählige Menschen gelebt und auch gestorben sind. Aus dem Glauben vieler heiliger Frauen und Männer, vieler Märtyrer und Märtyrerinnen.

### **Die Ursünde des Synodalen Weges**

Es ist es darum gut, dass der *Synodale Weg* an diese Lehre erinnert und sie aufgegriffen hat. Es ist aber fatal, dass er dabei einer falschen Interpretation aufgesessen ist, die meint, dass die *loci alieni* gleichgestellt sind mit den *loci proprii*. Das ist schon vom Wortgebrauch her abwegig und völlig verkehrt, wenn menschliche Gesichtspunkte dem Evangelium gleichgestellt werden. Eine solche Gleichstellung bedeutet eine tektonische Verschiebung in den Grundfesten der Theologie, die dann notwendig zu einem kirchlichen Erdbeben führen muss.

Wenn man die kritischen *Einwände anderer Bischofskonferenzen zu unserem Synodalen Weg* liest, dann geht es in der Sache genau um diesen Punkt, nämlich um den Vorwurf, dass unsere Texte in manchem nicht dem Evangelium, sondern unserer vermeintlichen, menschlichen Weisheit folgen. Der Synodale Weg täte gut, diesen Einwand ernst zu nehmen.

Es ist die Ursünde des Synodalen Weges, dass er gleich am Anfang *den Brief des Papstes* und sein Vorschlag vom Evangelium und vom Grundauftrag der Evangelisierung auszugehen, mehr oder weniger zur Seite gelegt hat, und einen eigenen Weg mit teilweise anderen Kriterien eingeschlagen hat. Dieser Einwand wird sich wiederholen und sich verstärken und er wird, wenn wir ihn nicht beachten, dem Synodalen Weg das Genick brechen.

Es genügt nicht, den guten Willen zu bezeugen. Ihn bestreite ich niemandem. Doch gut gemeint ist oft das Gegenteil von richtig. Es geht um die Wahrheit des Evangeliums. Es geht

darum, in der Spur des Evangeliums zu bleiben. Genau das hat jeder Bischof bei seiner Bischofsweihe öffentlich versprochen. Darüber werden wir einmal Rechenschaft abgeben müssen. Dabei werden wir mit rein taktischen Gesichtspunkten nicht durchkommen. Ich habe nicht über andere zu urteilen; ich kann nur sagen, dass ich nicht sehen kann, wie ich beim letzten Gericht einzelne, schon beschlossene Aussagen, als mit dem Evangelium vereinbar vertreten könnte.

#### **4. Offene Grundstruktur einer Synode**

Damit stehen wir am vierten Punkt. Nachdem wir von den Kriterien gesprochen haben, müssen wir auf die Struktur der Synode zu sprechen kommen, so wie sie Jesus Christus für die Kirche gewollt hat. Der irdische Jesus hat keine hierarchischen Ämter eingerichtet, er hat den Hl. Geist verheißen und der ist an Pfingsten auf alle herabgekommen: auf Frauen und Männer, auf Junge und Alte, auf Sklaven und Mägde, Juden und Heiden (Joel 3,1-5; Apg 2,17 f). Pfingsten ist sozusagen die Geburtsstunde der Kirche.

Die soziologischen, kulturellen und nationalen Unterschiede spielen keine Rolle; alle Christen haben die gleiche Würde. Doch jeder hat sein Charisma, seine Aufgabe, sein Amt (1 Kor 7,7). So, wie der menschliche Leib unterschiedliche Glieder mit unterschiedlichen Funktionen hat, die aufeinander angewiesen sind und einander brauchen, so ist auch die Kirche (1 Kor 12). Nicht jeder und nicht alle können alles – alles können nur alle zusammen.

Diese Verfasstheit als *communio*, als gemeinsame Teilhabe an dem einen Geist, kam im sogenannten *Apostelkonzil von Jerusalem zum Ausdruck* (Apg 15). Es ist sozusagen der Urtyp einer Synode als Weggemeinschaft der Kirche. Die Apostel Petrus, Jakobus und Paulus hatten dabei ihre besondere Rolle, beteiligt war aber die ganze Gemeinde. Alle haben zu der abschließenden, einmütigen Entscheidung beigetragen. Danach musste auch noch die Gemeindeversammlung von Antiochien zustimmen. In der theologischen Fachsprache ausgedrückt: Die Jerusalemer Entscheidung hat eine Rezeption gebraucht und gefunden. Entscheidend war also das Zusammenspiel aller, die dann zur Einmütigkeit aller führte.

#### **Der Leib ohne das Haupt wäre kopflos, das Haupt ohne Leib ein Totenkopf**

Das II. Vatikanische Konzil spricht vom *wunderbaren Einklang der Hirten und der Gläubigen* (DV 10). Die Synode hat einer Ellipse mit zwei Brennpunkten vergleichbar, die in einer Spannung zueinander stehen: Die Bischöfe, welche nach den Aposteln keine neuen Apostel waren, sondern apostolische Aufgaben wahrnehmen – und die Gemeinde. Nur wo Spannung ist, ist auch Leben. Der Leib der Gemeinde kann nichts tun, ohne diejenigen, welche das Haupt repräsentieren. Das Haupt aber ist nichts ohne den Leib der Kirche. Die Gemeinde hat also nicht nur eine beratende, sondern eine mitbestimmende Funktion. Der Leib ohne das Haupt wäre kopflos, das Haupt ohne Leib ein Totenkopf, ein Torso. Die Gemeinde soll hören, was der Bischof sagt, der Bischof wiederum soll hören, was die Gemeinde zu sagen hat. Nur beide zusammen sind das eine Volk Gottes.

Damit ist ein entscheidender Punkt, das Verhältnis von Bischof und Gemeinde berührt. Die Kirche der ersten Jahrhunderte hatte nicht nur den alten, heidnischen Religionen und in den Christenverfolgungen der kaiserlichen Staatsreligion zu widerstehen. Viel schwieriger war es, sich gegenüber der damals weit verbreiteten, und sich in vielen Sekten ausdrückenden Grundmentalität der Gnosis, durchzusetzen. In dieser Auseinandersetzung ging es um das Überleben, um Leben und Tod des Christentums.

## **Das Bischofsamt als Grundpfeiler der alten Kirche**

Drei Kriterien, gleichsam drei Grundpfeiler hat das frühe Christentum aufgestellt. Das Symbolum, das Taufbekenntnis, das wir bis heute im Credo sprechen, den Kanon der Hl. Schrift und das Bischofsamt. Das Bischofsamt wurde so zum Grundpfeiler der alten Kirche, der bis heute in Ost und West allen Kirchen des ersten Jahrtausends gemeinsam ist. Wer an diesem Pfeiler sägt, der bricht der Kirche das Genick.

Ich weiß, niemand will das – aber faktisch geschieht das. Denn die Bischöfe können die ihnen übertragene Aufgabe und Autorität faktisch nicht mehr ausüben. Wenn sie in einem Akt der Selbstverpflichtung freiwillig darauf verzichten und erklären, den Entscheidungen der Synode oder des künftigen Synodalrats zu folgen.

## **Selbstverpflichtung als fauler Trick**

Ich halte diese Idee einer Selbstverpflichtung für einen Trick – und dazuhin für einen *faulen* Trick. Denn sich so verpflichten könnten sich bestenfalls die aktuellen Bischöfe für Ihre eigene Person, nicht aber für ihre Nachfolger. Man stelle sich einmal einen Beamten vor, der sich ernennen lässt und dann auf die Ausübung seine Rechtspflichten verzichtet. Ein dienstrechtliches Verfahren wäre ihm sicher. Letztlich käme eine solche Selbstverpflichtung einem kollektiven Rücktritt der Bischöfe gleich. Verfassungsrechtlich könnte man das Ganze nur als einen Coup, d.h. als einen versuchten Staatsstreich bezeichnen.

Also: Das Bischofsamt geht nicht ohne Synode und die Synode nicht ohne Bischof. Sie hat den Bischof zu stärken und zu stützen und ihm den Rücken freizuhalten. Sie kann zugleich eine missbräuchliche und willkürliche Ausübung der Autorität des Bischofs verhindern. Eine starke Synode braucht einen starken Bischof und ein starker Bischof kann nur mit einer starken Synode seiner Leitungsverantwortung gerecht werden. Die synodale Struktur ist die kirchliche Form der Gewaltenteilung in der Kirche.

## **5. Die Freiheit des Geistes und die prophetische Dimension**

Mit einem letzten 5. Kapitel möchte ich schließen, um dem Vorwurf zu entgehen, es gehe doch nur wieder um die Begründung und Rettung der hierarchischen Struktur der Kirche. Um das geht es gerade nicht. Es geht um die konstitutive Spannung zwischen Bischofsamt und Synode. Sie besagt, dass das synodale System kein geschlossenes, sondern ein offenes System ist. Es lässt sich nicht von einem Punkt her konstruieren, in die Hand nehmen und insofern manipulieren. Als solches, offenes System gibt es der Freiheit des Heiligen Geistes Raum. Die Kirche ist nicht nur Institution. Als sakramentale Größe ist sie immer Institution und Ereignis.

Vor kurzem hat mich ein Kirchenhistoriker zurecht daran erinnert, dass in schwierigen Situationen der Kirchengeschichte die Synoden zwar zur Erneuerung beigetragen haben; doch sie waren nie die eigentliche Quelle der Erneuerung. Diese ging meist von einzelnen, vom Hl. Geist gepackten Christen, Männer und Frauen aus. Schon beim ersten Konzil, der *Synode von Nizäa* (325), war es ein junger Diakon, *Athanasius*, der als Sekretär seines Bischofs dabei war und der die entscheidende Rolle spielte.

Später waren es jeweils große, heilige Frauen und Männer. Nach der Katastrophe des Karfreitags war es eine Frau, Maria von Magdala, welche die verschüchterten, sich nur hinter

verschlossenen Türen versammelten Apostel, aufrüttelte und die den Petrus und Johannes erst in Trab setzte musste. Später sind die hl. Hildegard von Bingen, Katharina von Siena, Jeanne d'Arc, und viele andere große Frauen zu nennen. Meist waren es Ordensgründer: Benedikt vom Nursia, Bernhard von Clairvaux, Franz und Dominikus, Ignatius von Loyola, Charles de Foucauld u.a..

Kurzum, wir dürfen die prophetisch-charismatische Dimension nicht außer Acht lassen. Doch niemand kann sich selbst zum Propheten machen. Wer das versucht, kann nur ein falscher Prophet sein. Propheten werden geschmäht und verfolgt. Denken sie an die Klagen des Propheten Jeremias. Letztlich liegt die Leitung der Kirche beim Hl. Geist. Wir können letztlich nur beten, dass uns solche prophetischen Gestalten immer wieder geschenkt werden.

Ich bin überzeugt, wir werden eine Erneuerung der Kirche aus der Krise finden, in der wir uns befinden. Ich weiß nicht wer, nicht wann und wie die Kirche wieder als *Kirche in den Seelen* erwacht. Ich weiß auch nicht, ob ich es selbst noch erleben werde. Wir können die Erneuerung nicht machen, aber sie wird kommen. Gott ist treu.

\*\*\*\*\*

**Kardinal Walter Kasper**, geb. 1933, em. Kurienkardinal, ehem. Dogmatik-Professor und Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und Autor zahlreicher Standardwerke, die in alle Weltsprachen übersetzt wurden. Manuskript zum 4. Online-Studientag der Initiative Neuer Anfang über das Thema „Wahre und falsche Reform“. (Quelle: [Synodalität und Erneuerung der Kirche | Neuer Anfang](#) )

\*\*\*\*\*

## **POLITSPLITTER**

### **Gendersprache**

#### **Journalisten-Preis für genderkritischen Artikel**

Der Journalist Ingo Meyer erhält den Theodor-Wolff-Preis 2022 in der Kategorie „Meinung“ für einen Text, der das Gendern kritisch hinterfragt. Er zeigt anhand einfacher Beispiele, dass Sprache stetig verändert wird, und wie mit der Veränderung ein Wandel im Verständnis von Begriffen geschieht:

*„Im Wort ‚Bäcker‘ hingegen ist ein Mensch der Bedeutungsträger, und dabei ist völlig schnuppe, was er zwischen den Beinen trägt. Bäcker bezeichnet den Berufsstand des Backhandwerks, lange Zeit vorwiegend betrieben von Männern mit weißen Mützen. Irgendwann buk die Frau mit, das Wort ‚Bäckerin‘ entstand, es war von Anfang an weiblich markiert. Bäcker hingegen blieb männlich und generisch.“*

Gendern führe auf „semantische Abwege“, so Meyer: „Terroristinnen und Terroristen“ klinge seltsam respektvoll, „die Vertreibung der Armenierinnen und Armenier“ verharmlosend. Die Jury würdigte einen unaufgeregten Text, der „ohne Polemik“ auskomme. Es sei ein mutiger „Text gegen den Mainstream“, so die Jury. Meyer habe ein Thema aufgegriffen, „über das gerade in jeder Redaktion hitzig diskutiert“ werde. Argumentativ und kompetent beschreibe er den „Übereifer in der Diskussion, der zu Absurditäten in der Sprache führt“, schreibt die *Berliner Zeitung*. ([berliner-zeitung.de](#), [berliner-zeitung.de](#))

-----

#### **Genderleitfaden an TH Nürnberg eskaliert**

Eine weitere Hochschule hat sich selbst einen Genderleitfaden gegeben – diesmal die TH Nürnberg. Die Mitteilung darüber an einen E-Mail-Verteiler mit über 15.000 Adressen sorgte



jedoch nicht für Frohlocken. Vielmehr scheint es, als habe die Uni-Leitung nicht mit dem Widerspruch gerechnet, der sich ebenfalls an den 15.000-Adressen-Verteiler richtete.

Viele der Mails sind an die Presse (und auch an den VDS) durchgesickert, die Peinlichkeit für die Uni ist damit komplett. Mehrere Professoren und Mitarbeiter der Uni beklagen sich zum einen über den „Basta-Charakter“ des Leitfadens, der vorher nicht mit den Abteilungen besprochen wurde; dazu kommt der Unmut über das Gendern generell.

So schreibt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter: *„Sehr geehrte Hochschulleitung, hiermit stelle ich den Antrag, dass die TH Nürnberg zukünftig den Studentinnen aus Gründen des Respekts und der Sicherstellung der Gleichbehandlung als Studienabschluss die Titel ‚Mistress‘ bzw. ‚Bachelorette‘ verleiht.“*

Ein Gastdozent schreibt: *„Vielen Dank für den ‚LEIDfaden‘. (...) Jede Vorlesung genderneutral zu gestalten hat für mich nicht gerade den Anstrich von Fortschrittlichkeit, sondern es wirkt eher etwas wie gewollt und nicht gekonnt und hat auch eine erbärmliche und wirklich peinliche Komponente.“ Ein Bauingenieurs-Professor versucht einen wissenschaftlichen Ansatz: „Was bedeutet Kolleg\*innen? Sieht nach einem Quelltext in einer Programmiersprache aus. Als Verfechter der lateinischen Sprache bekomme ich da schon mittelgroße bis große Schmerzen.“*

Besondere Brisanz bekommt die Sache, weil sich die Universitätsleitung bemüht, den Streit abzuwiegeln und schon im Keim zu ersticken. Der TH-Präsident Niels Oberbeck sagt zwar „Ja“ zum Diskurs an sich, möchte ihn aber lieber nicht an die große Glocke gehängt sehen: Man möge Kritik privat, nicht öffentlich äußern: „Ich bitte Sie daher eindringlich, die Diskussion über das Thema Umgang mit gendersensibler Sprache aus dem hochschulweiten Mailverkehr zu verlagern.“

Ein Mitarbeiter kontert: *„Die Mehrheit lehnt diese grotesken Spachregeln ab (...), traut sich aus Angst vor sozialen Sanktionen jedoch nichts dagegen zu sagen. Daher ist es umso wichtiger, dass öffentlich widersprochen wird.“* Interessant ist übrigens der Blick in die Bezeichnung der genutzten Verteiler: Die Mails gehen u. a. an „OHM-Professoren“ und „OHM-Mitarbeiter“. ([focus.de](http://focus.de))

-----

### **Audi verwirft Gender-Vergleichsvorschlag**

Am 14. Juni haben sich vor dem Landgericht Ingolstadt Audi und ein VW-Mitarbeiter getroffen, der gegen die Genderrichtlinie bei Audi vorgeht. Der Kläger, Alexander B., will in Schreiben an ihn kein Gender-Gap (also den Unterstrich, der auf andere Geschlechter verweisen soll) sehen. Auch für das anwesende Publikum, das hauptsächlich aus bundesweiten Pressevertretern bestand, zeigte er eindrucksvoll, was die Gendersprache für ihn im Alltag bedeutet:

„Der die BSM-Expertin ist qualifizierte\_r Fachexpert\_in“, las er aus einer an ihn adressierten Mail vor. Der Vorsitzende Richter schlug einen Vergleich vor, demzufolge Audi in der Kommunikation mit dem Kläger sicherstellen könne, dass in Mails, Schreiben usw. an diesen keine Genderzeichen enthalten sein sollen; Audi solle „halt normal schreiben“, so die Welt. Die Audi-Anwälte lehnten dies aber ab – es sei nicht praktikabel und handhabbar.

In der Hauptverhandlung stellen die Anwälte des Klägers klar, dass es ihrem Mandanten um eine Einzelfallentscheidung geht, die nur für ihn gelte. Er sehe sich in seinem

Persönlichkeitsrecht beschnitten, darauf müsse auch ein Unternehmen wie Audi Rücksicht nehmen. Audi argumentierte, an dem Leitfaden hätten mehrere Experten mitgearbeitet, der Text sei sehr umfassend formuliert. Dass einer der Audi-Anwälte dabei selbst „Experten“ sagte, fiel auch dem Anwalt des Klägers auf: „Sie haben nicht gesagt: Expert\_innen!“ warf er mit einem süffisanten Unterton ein und unterstrich so, dass in der Alltagssprache durchaus bekannt sei, wer mit welcher Ansprache gemeint ist.

Der Kläger stellte nach dem abgelehnten Vergleich daher einen Antrag auf Unterlassung, den der Vorsitzende Richter zusammenfasste mit: „Der Gender Gap muss weg.“ Ein Urteil will das Gericht am 29. Juli verkünden. ([welt.de](http://welt.de), [br.de](http://br.de))

-----

## **das goethe**

Der stellvertretende Chefredakteur des *Hamburger Abendblattes*, Matthias Iken, ist wenig begeistert über das Kulturmagazin des Goethe-Instituts, konkret *das goethe*, die Nummer 1/2022 mit dem Schwerpunkt Feminismus. Iken hat (vermutlich weil er ein alter weißer Mann sein könnte) vor der Veröffentlichung seiner aktuellen Kolumne seine Frau gefragt, die über die Frauenbewegung immerhin promoviert hat.

„Der deutsche Dichturfürst (dürfte) im Grabe rotieren, wenn er lesen müsste, was da in seinem Namen geschrieben steht“, meint Iken. Seltsamer Titel, Gendersprache, „Berge von Anglizismen und Gebirge von Fachbegriffen“, „Sätze wie Ungetüme“. – Für Iken ist *das goethe* ein Heft, „das Journalisten eben so machen, wenn sie kein bisschen mehr an ihre Leser denken müssen und ganz in den Untiefen der Identitätspolitik versinken.“ Feminismus verdiene eine seriösere Behandlung. Iken fragt sich, wie das Goethe-Institut, das seit 71 Jahren für die deutsche Sprache zu werben hat, mit solchen Veröffentlichungen ein angemessenes, aktuelles Deutschlandbild vermitteln möchte. ([abendblatt.de](http://abendblatt.de))

-----

## **Fahndende**

Dass sich viele Medien mittlerweile geradezu überschlagen, wenn es darum geht, möglichst politisch korrekt und „woke“ („erwacht“ im Sinne von „sensibel für vermeintliche Ungerechtigkeiten“) zu sein, ist nichts Neues mehr. Spannend ist aber, wie weit einige gehen, wenn es um den öffentlichen Diskurs in den Sozialen Medien geht. Plattformen wie Twitter, Facebook und Instagram sollen Diskussion und Austausch von Meinungen ermöglichen. Das ist beim Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), einem der größten deutschen Anbieter für überregionale Nachrichten, wohl noch nicht angekommen. In einem Tweet schrieb das RND am 31. Mai 2022: „Fahndende haben die #DWS-Zentrale in Frankfurt durchsucht. Die #DeutscheBank-Tochter soll sich ‚grüner‘ darstellen, als sie ist. Kritiker sehen Folgen für die gesamte Geldbranche.“ Darauf folgten Reaktionen, die das Wort „Fahndende“ beanstandeten: „Wie verballert kann man eigentlich sein?“ und „Journalistende haben einen an der Genderwaffel“ waren noch die netteren. Auch der VDS kommentierte den Tweet: „So viele Fragen: z. B.: Warum keine Kritiker\*innen oder Kritisierende? Warum Tochter nicht Sohn? Ernsthaft, @RDN\_de – hier passt wohl der Begriff ‚journalistisch Komplettversagende‘ am besten. Es ist ein Armutszeugnis, wenn Journalisten Ideologien verbreiten, statt zu informieren.“ Dieser Tweet, die beiden anderen Beispiele sowie knapp 40 übrige waren dem RND unangenehm, er verbarg sie: Das bedeutet, sie sind nicht mehr beim ersten Abrufen sichtbar. Dazu muss man wissen, sie sind über eine spezielle Funktion dennoch zu sehen. Lange unbemerkt blieb dieser Eingriff nicht, viele Nutzer, deren Kommentare verborgen (versteckt) wurden, beschwerten sich über den RND und warfen ihm mangelnde Diskurs- und

Kritikfähigkeit vor. Eine direkte Reaktion gab es nicht – aber immerhin: Die neuerlichen Kommentare zu den ausgeblendeten Antworten sind (vorerst) zu sehen. ([twitter.com](https://twitter.com))

---

### **Kommentar VDS: Ende der digitalen Verdummung der Kinder**

„Hast Du eingekauft, was ich Dir auf meinem Zettel notiert hatte?“ – „Nicht ganz, den habe ich vergessen. Aber alles, was nicht darauf stand, habe ich mitgebracht.“ Ein alter Scherz. Dass er die Wahrheit trifft, kann jeder im Selbstversuch erproben: Was wir uns aufschreiben, merken wir uns eher als wenn wir glauben: „Das vergesse ich nicht!“

„Schreiben ist ein kognitiver Prozess, der die Erinnerung des Gelernten verbessert“, schrieb Christoph Onkelbach am 1. Juni 2022 in der *Westdeutschen Allgemeinen (WAZ)*. Offenbar legt das langsame Formen der Buchstaben mit der Hand Gedächtnisspuren an. Beim Tippen auf der Tastatur geschieht dieses nicht. Warum? Weil die die Tippbewegung in keiner Beziehung zur Form des Buchstabens steht. Da fehlt die Stabilität einer festen Verbindung.

Das Schreiben mit der Hand ist also kein Luxus, es gehört zur Grundlage der Erziehung. Was die Kinder stattdessen auf ihren Bildschirmen eingeben, ist nicht nur weitgehend nutzlos, sondern auch schädlich, es verkrüppelt die Entwicklung ihrer kognitiven Fähigkeiten. Die daraus folgenden Behinderungen wurden während der Schulschließungen sogar noch verstärkt. Dafür mag es gute Gründe gegeben haben, jetzt gibt es noch bessere, das Versäumte schleunigst nachzuholen und die Schulen dafür auszustatten.

Onkelbach berichtet von der anschaulichen Schilderung einer Lehrerin. Sie habe nach dem Daheimlernen – hübsch verharmlost als *Homeschooling* – den Schülern „erst wieder beibringen müssen, dass man von links bis zum rechten Rand schreibt und weder in der Mitte des Papiers anfängt noch über den rechten Rand hinaus schreibt.“

### **Laut der Stepstudie des *Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)* beklagen 76 Prozent der Lehrkräfte diese fehlende Schreibkultur, 71 Prozent zu langsames und 65 Prozent unleserliches Schreiben.**

Betroffen sind übrigens Jungen mehr als Mädchen (54 und 31 Prozent in der Sekundarstufe). Das müsste auch den Gleichstellungsbewegten aufstoßen, am besten bevor sie sich noch Diskriminierungsklagen einfangen oder die Städte und Länder mit Klagen auf Schadenersatz überzogen werden. Klagen mit Aussicht auf Erfolg.

Sicher werden digitale Medien wichtiger, sie sind aber kein Ersatz, sie dürfen nur Ergänzung sein. Beim Schreiben von Hand, daran erinnert Onkelbach, werden „verschiedene Areale im Gehirn aktiviert, die für Wahrnehmung, Informationsverarbeitung und Bewegungskontrolle zuständig sind.“ Die digitale Verdummung der Kinder ist nicht länger hinnehmbar. Also, in den Schulen muss nicht nur mehr Deutsch (als Grundlage) unterrichtet werden, es muss auch mit der Hand geschrieben werden, das ist eine Kernkompetenz. (Quellen:

[waz.de](https://www.waz.de) (Bezahlschranke), [schwaebische.de](https://www.schwaebische.de), [vbe.de](https://www.vbe.de))

\*\*\*\*\*

## **Die Strategie zur politischen Umsetzung der totalitären Ziele der Großen Transformation**

Von Peter Helmes



**Redaktionelle Vorbemerkung:**

***In einigen Tagen erscheint meine neue Broschüre zur „Großen Transformation“ (Great Reset). Leider hat der vorgesehene Platz nicht gereicht, die sehr wichtige – und alarmierende – strategische Rolle vieler Nicht-Regierungsorganisationen („NGO“) in gebotener Ausführlichkeit zu behandeln.***

***Im folgenden Beitrag habe ich deshalb die Bedeutung der NGO's beim Great Reset ausführlicher behandelt und dargestellt, wie sehr sich viele NGO's geradezu als Bannerträger und Systembeschleuniger bei der „Transformation“ mißbrauchen lassen bzw. sich an die Spitze der neuen Bewegung setzen. P.H.***

-----

**Wann wurde die Ideologie von der „Großen Transformation“ erstmals formuliert und publiziert?**

Im Jahr 2011 veröffentlichte der bereits 1992 ins Leben gerufene WBGU („Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“) das von Schellnhuber, Leggewie, Edenhofer et al. verfaßte „Gutachten“ mit dem Thema: „*Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*“, in dem behauptet wird, daß zur Senkung des menschengemachten Anteils des in unserer Atmosphäre befindlichen CO<sub>2</sub> eine tiefgreifende (revolutionäre) Änderung aller gesellschaftlichen, staatlichen Strukturen unserer bisher so erfolgreichen repräsentativen Demokratie hin zu einer sog. „partizipativ-partizipatorischen Demokratie“ im Sinne des neo-marxistischen Konzepts der linksradikalen Denker wie Jacques Derrida, Jürgen Habermas, Theodor W. Adorno (Frankfurter Schule) und vieler linkssozialistischer Denker mehr erforderlich sei, um die Menschheit und den ganzen Planeten vor dem Untergang zu retten.

<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>)

Hierzu wurden bisher mannigfache Gegen-Analysen, Stellungnahmen und Kritiken formuliert und veröffentlicht (siehe u.a. <https://conservo.wordpress.com/2019/02/07/die-grosse-transformation-ade-freiheit/>)

Der Inhalt dieser Analyse unter dem Titel: „Die große Transformation – Adé Freiheit!“ wird vorausgesetzt.

Im Folgenden geht es um die machtpolitischen Hintergründe der „Etablierung“ dieser völlig undemokratischen neuen, am Marxismus orientierten und totalitären Verbots-Diktatur, der durch sie angestrebten Abschaffung unserer Sozialen Marktwirtschaft und um die Abschaffung, den Sturz unserer repräsentativen Demokratie mit strategischen Mitteln der schleichenden Subversion, der Unterwanderung aller demokratischen Institutionen und der von diesen Ideologen zum Teil bereits erfolgreich unternommenen Infiltration großer, global bedeutender internationaler Organisationen und teils eigens hierfür gegründeten Institutionen (z.B. IPCC u.a.).

Bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts entwickelte der linksradikale Marxist und Kommunist ungarischer Herkunft, Karl Polanyi, sein Konzept von der Großen Transformation. Der nach Kanada ausgewanderte Vertreter der Ultra-Linken erhielt aufgrund seiner politischen Radikalität als Links-Extremist zeitlebens Einreiseverbot in den sonst als äußerst liberal geltenden USA, was so für sich allein als historische Tatsache schon Bände spricht.

**Polanyis „große Transformation“ aller Demokratien weltweit hin zu totalitären Links-Diktaturen entspricht weitestgehend genau dem, was man zum Teil direkt, oft auch zwischen den Zeilen lesend, dem Text und der Absicht der Linksideologie von der Großen Transformation Schellnhubers entnehmen kann.**

Was hat das „von Menschen verursachte anthropogene“ CO<sub>2</sub> in der Luft mit einem für die Zukunft behaupteten „dramatischen, apokalyptische Folgen mit sich bringenden“ Klimawandel zu tun?

Die Konzentration von Sauerstoff in der Luft beträgt ca. 20%. Die Konzentration des fast nicht genau meßbaren CO<sub>2</sub> (Kohlenstoffdioxid - auch kurz: Kohlendioxid genannt) beträgt 0,038%. Der vom Menschen verursachte Anteil an diesen 0,038% beträgt ca. 0,00152%. Der Anteil am Gesamt-CO<sub>2</sub>, den allein nur „Deutschland“ verursacht, beträgt lächerliche, kaum meßbare **0,0004712%**.

Alle Experten sind sich darüber einig, daß diese fast nicht meßbaren Kohlendioxid-Werte, die der Mensch in der Luft „verursacht“, in keiner Weise irgendeinen Effekt haben können auf eine Erd-Oberflächen-Erwärmung von demnächst 4 Grad Celsius! Hierfür bedarf es noch nicht einmal eines „Konsenses“ - das ist evident! Siehe:

<https://steemit.com/deutsch/@urukai/klimawandel> und:  
<https://steemit.com/dtube/@sevensenseals/7a4iaz3n>

**Wieso kann ein sehr hoher prozentualer CO<sub>2</sub>-Wert in der Luft die Erdoberfläche dramatisch erwärmen - wie vom IPCC behauptet?**

Hinzu kommt, daß zahlreiche Co-Autoren des WBGU-„Gutachtens“ von der Notwendigkeit der „Großen Transformation“ in höchsten Führungs- und Präsidiumspositionen des IPCC aktiv tätig sind und somit den IPCC und dessen Auffassung mehrheitlich im WBGU-Gutachten repräsentieren - so z.B. Schellnhuber, Edenhofer u.v.m.

Schellnhuber, Edenhofer, Schneidewind, Leggewie sowie die meisten am WBGU-Gutachten beteiligten Autoren sind Mitarbeiter und Mitglieder **im PIK (Potsdamer Institut für Klimafolgen-Forschung) in Berlin**. Edenhofer ist Vize-Präsident und Chef-Ökonom des PIK sowie strategischer Berater von Greta Thunberg („Fridays for Future“).

Schellnhuber und Edenhofer beeinflussten darüber hinaus federführend den Text und die „Klima-relevanten“ pseudowissenschaftlich vorgetragene Passagen der päpstlichen Enzyklika „Laudato, si“ („Umwelt-Enzyklika“). Edenhofer ist Chef der von der Mercator-Stiftung und dem PIK 2012 gegründeten „[Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change](#)“ (MCC).

Von 2008 bis 2015 war Edenhofer einer der Co-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe III des Weltklimarates (IPCC) – und er ist unter anderem Mitglied der [Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina](#), der [Akademie der Wissenschaften in Hamburg](#), der **Green Growth Knowledge Platform (Gemeinschaftsprojekt des Global Green Growth Institute)**, der [Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung \(OECD\)](#), [Umweltprogramm der Vereinten Nationen \(UNEP\)](#) und der **Weltbank** und Mitglied der [Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech](#).

**Edenhofer** beeinflusst somit federführend im Sinne der von ihm zusammen mit Schellnhuber entworfenen neomarxistischen und demokratiefeindlichen Ideologie von der „Großen Transformation“ in stets leitender Position sowohl den IPCC als auch das PIK (die Ideologie-Schmiede) als auch die UNO (über die UNEP), die OECD und die WELTBANK!

Eine solche weltweite Verflechtung in höchsten Ebenen der Weltpolitik verwirklicht man nur als „machthungriger Ideologe“ – auf dem Weg zur Welt dominanz der von ihm mit Schellnhuber zusammen formulierten Links-Ideologie.

**H.J. Schellnhuber**, den man wohl den „obersten Chef-Ideologen“ der „großen Transformation“ nennen darf, arbeitete bisher an über 50 „WBGU-Gutachten“, politischen „Entscheidungshilfen“ und „Sondergutachten - und das bereits seit 1992. All diese Skripten wurden den Ministerien und der Bundesregierung, die das alles zahlten (geschätzt: jährlich über eine Million Euro Honorar!) als rechtsverbindliche „Vorschriften“ und Dirigismen“ überreicht.

Schellnhuber, der sich als Minister der zu wählenden Landesregierung in Brandenburg anbot (Siehe: <https://www.maz-online.de/Brandenburg/Wird-Klimafolgenforscher-Hans-Joachim-Schellnhuber-bald-Minister>), hatte sich selbst bereits für den Friedensnobelpreis ins Gespräch gebracht. (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article149254589/Schellnhubers-unverhohlener-Antrag-auf-den-Nobelpreis.html>).

Daß er seine junge Ehefrau auch irgendwie im PIK auf Kosten der Steuerzahler als hochdotierte Mitarbeiterin in Führungsposition unterbringen wollte, muß man nicht sonderlich verwundert erwähnen. In der Tat ist seine 17 Jahre jüngere Ehefrau, die „Lyrikerin“ Margret Boysen, (scheint Gedichte zu schreiben...) – durch „Papa Johns“ Gnaden zur künstlerischen Leiterin am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung avanciert! Das stinkt nach Verschwendung von Steuergeldern und Vetternwirtschaft. Ob hier der Anfangsverdacht der „Untreue“ vorliegt, sollte die Staatsanwaltschaft ermitteln.

Schellnhuber studierte und arbeitete an den international überaus renommierten Elite-Universitäten in **Regensburg, Darmstadt und Oldenburg** - und war Forschungsdirektor am Aufbau des **Tyndall Centre for Climate Change Research** der Environmental School der University of East Anglia (Großbritannien) beteiligt. Die These vom Klima-verändernden Effekt der Konzentration von 0,038% des CO<sub>2</sub> in der Luft geht als neueste Forschung (1856) auf diesem Gebiet zurück auf diesen John Tyndall, Polizistensohn, Bergsteiger, Entwickler des Nebelhorns und eines Atemschutzgerätes für Feuerwehrleute. Auch der Tyndall-Effekt und die Tyndallisation in der Lebensmittel-Konservierung sind nach ihm benannt.

Schellnhuber war/ist - wie Edenhofer - seit Jahren in höchster Position für das IPCC tätig, war dort koordinierender Leitautor der Arbeitsgruppe II beim dritten Sachstandsbericht, war Gründer und Chef des PIK in Potsdam, war Vorsitzender der Arbeitsgruppe *Global Analysis, Integration & Modelling* (GAIM) des International Geosphere-Biosphere Programme, war sogar **deutscher Vertreter** des International Geosphere-Biosphere Programme, und war und ist als direkter Berater in Politik und Gesellschaft tätig.

Nach Gründung des WBGU 1992 war er von 1994 bis 1998 hochdotierter Berater der Umweltministerin Angela Merkel. Seit 1994 war er entweder Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender des WBGU. Danach war er bis 2016 Vorsitzender des WBGU und ist seit 2018 dort nicht mehr offiziell in führender Position tätig, beriet aber (bis 2021) die

SPD-Umweltministerin Svenja Schulze, die ihre fast kindlich-naiv zu nennende Begeisterung für Schellnhuber mimisch nicht verbergen konnte.

**Im Jahr 2007** wurde er während der G8- und EU-Ratspräsidentschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum wissenschaftlichen **Chefberater der Bundesregierung** in Fragen des Klimawandels und der internationalen Klimapolitik ernannt. Als Mitglied der Sachverständigengruppe „Energie und Klimawandel“ berät er seit 2007 den **Präsidenten der EU-Kommission**.

Er dozierte im UN-Sicherheitsrat, war als Mitglied berufen in den *Science and Technology Advisory Council*, PSTAC. Schellnhuber arbeitete auch mehrfach mit der **Weltbank** zusammen. Er war Mitglied des Beratergremiums für den Weltentwicklungsbericht. Schellnhuber ist einer der Gründer und jetzt Aufsichtsratsvorsitzender der *Europäischen Wissens- und Innovationsgemeinschaft Klima* (engl. *Climate Knowledge and Innovation Community*, kurz *Climate KIC*). Diese 2010 gegründete Einrichtung des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie, bei der Wirtschaft und Forschung eng zusammenarbeiten, **fördert mit etwa einer halben Milliarde Euro Innovationen zum Klimaschutz**. Er ist Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission *Klima-Energie-Umwelt* der Leopoldina. Von 2010 bis 2012 war er Vorsitzender des *Strategy Advisory Board* des Institute for Advanced Sustainability Studies, seit 2012 ist er stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums.

Zudem ist er Mitglied des Beratungsgremiums zu Klimawandelforschung des *Grantham Institute for Climate Change* am Imperial College London, Mitglied des European Academies Science Advisory Council, des *Committee on Scientific Planning and Review* des Internationalen Wissenschaftsrats, der *Global Change Advisory Group* für das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, des *Global Agenda Council on Climate Change* des Weltwirtschaftsforums, des *Global Energy Assessment Council* (GEA) des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA), des Aufsichtsrats des *Climate Justice Dialogue*, einer Initiative des World Resources Institute und der Mary Robinson Foundation, und Mitglied des *Climate Change Advisory Board* **der Deutschen Bank**.

Nach seiner Vorlage des Textes zur „großen Transformation“ legte Schellnhuber am 3. Dezember 2014 im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des deutschen Bundestags das neue WBGU-Gutachten *Klimaschutz als Weltbürgerbewegung* vor. Im Jahr 2016 publizierte er den „großen Umzug der Menschheit“, die Urbanisation, bei der es darum geht, alle Menschen in der ganzen Welt - und natürlich zuerst in Deutschland - von ländlichen Regionen umzusiedeln in wenige groß-urbane Stadtstrukturen, die sich später im Wesentlichen „Energie- und Alimentations-autark klimaneutral versorgen sollen mit erheblicher Einschränkung der individuellen Mobilität zugunsten kollektiver Transportmittel. (Als erste realisierte Ideologie-Versuche kann man die aus der Retorte gebaute Urbanisation „Widdersdorf“ bei Köln ansehen.)

Der **WDR** drehte mehrere Dokumentationen vor Ort - „**Hier prallt das tief verwurzelte traditionelle Deutschland auf das neue Deutschland**“ (Zitat aus dem Film) *der Großen Transformation*: <https://www.youtube.com/watch?v=V2xiV1SWx20>

Am 21. Oktober 2016 wurde **Schellnhuber von der EU-Kommission zum Leiter einer neun-köpfigen hochrangigen Expertengruppe berufen**, die Pfade zur Dekarbonisierung im Rahmen der Umsetzung des Abkommens von Paris erkunden soll.

Und ALLE DIESE POSTEN, ÄMTER, FUNKTIONEN und leitenden MITWIRKUNGEN an internationalen und nationalen „Klima-Wandel“-Gremien erhielt Schellnhuber – oft auf eigenes Bitten – zugeteilt, aber stets OHNE politisches Mandat, OHNE irgendeine demokratische Legitimation für diese Tätigkeiten im Auftrag der „Wähler“. Auch *das* zeigt, daß die Damen und Herren Politiker der nationalen und internationalen Gremien uns Wähler nicht mehr fragen und uns – im Gegenteil – in unserem Wunsch, unsere demokratischen Rechte wahrnehmen zu wollen, als entscheidungs- und regierungshemmend empfinden und uns deshalb mit strategischen Winkelzügen isolieren.

### **Markantestes Beispiel aus der letzten Zeit: die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission**

Nachdem uns die Medien die beiden zur Wahl antretenden, aussichtsreichsten Kandidaten in zahlreichen Talkshows, Kandidaten-Präsentationen und Wahlkampf-Sendungen inhaltlich oft sehr kontrovers vorgestellt hatten mit der dringenden Bitte, bei den Wahlen zum Europa-Parlament wählen zu gehen, servierte man auf Regierungsebene den von uns mehrheitlich gewählten Manfred Weber einfach ab und ersetzte ihn durch die gar nicht zur Wahl angetretene Ursula von der Leyen!

### **Fazit:**

**Nur wenige Ideologen waren und sind daran beteiligt, die Links-Ideologie von der „großen Transformation“ in ihrem Endzustand zu erstellen und auszuformulieren. Und alle diese Chef-Ideologen sind in den höchsten Gremien aller politisch entscheidenden Welt-Organisationen auf höchster Ebene fest verankert.**

Ihre Steigbügel-Halter waren und sind viele der Regierenden, vor allem in Deutschland, die sich persönliche Macht-Vorteile erhoffen unter Mißbrauch der Unwahrheit von der „dringend notwendigen Dekarbonisierung der Welt“, weil wir Deutschen den CO<sub>2</sub>-Anteil in unserer Luft zu 0,0004712 Prozent durch unsere böse kapitalistische Wirtschaft und deren Hunger nach Bereitstellung fossiler Energien verschuldet und zu verantworten haben.

**Deshalb sei es zwingend notwendig, den „Kapitalismus“ und die soziale Marktwirtschaft ein für allemal plattzumachen, abzuschaffen und durch eine Planwirtschaft, ein Räte-System sowie eine autoritäre Regierung (man kann auch Diktatur hierzu sagen!) zu ersetzen unter restloser Abschaffung jedweden demokratischen Rechts, das Handeln der Regierung als Volk, als Souverän, bestimmen und kontrollieren zu dürfen.**

Im Gegenzug versprechen uns die „Klimawandel“-Tyrrannen, daß wir von „Mutter Staat“ gemäß unseren Bedürfnissen großzügig versorgt werden, von oben nach unten, weshalb wir in Kürze auch kein Bargeld mehr benötigen, um uns – unseren Bedürfnissen entsprechend – etwas zu kaufen. Mutter Staat bemuttert uns in Zukunft und teilt uns – von oben nach unten – planwirtschaftlich alles nach unseren Bedürfnissen zu.

Aber: Was eigentlich unsere „Bedürfnisse“ dann sein werden, DAS BESTIMMT DER STAAT. Und wer dann noch glaubt, daß die diktatorisch Regierenden unsere individuellen Wünsche nach freiem Reisen, nach schmackhaftem Essen gemäß unseren Vorlieben, nach Textilien, die uns gefallen, nach freier individuell gestalteter Mobilität usw. auch nur ansatzweise berücksichtigen, der irrt sich gewaltig.

Daß eine solche **Umverteilung der Güter von oben nach unten**, von den „Reichen“ hin zu den „Armen“, in der Ideologie von der **großen Transformation** vorgesehen ist, der lese nur das Kapitel 5. und 6. dieses „WBGU“-Gutachtens.

Und wer dann immer noch Zweifel daran haben sollte, daß die Herren Schellnhuber, Edenhofer und Co. unsre Vermögen nicht anrühren, der lese bitte das **Interview der NZZ mit Edenhofer** aus dem Jahr 2010. Da sagt er zur „großen Transformation“:

Zitat:

**„Aber man muß klar sagen:  
Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.  
Daß die Besitzer von Kohle und Öl davon nicht begeistert sind, liegt auf der Hand. Man muß sich von der Illusion freimachen, daß internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.** (Siehe: [https://www.nzz.ch/klimapolitik verteilt das weltvermoegen neu-1.8373227](https://www.nzz.ch/klimapolitik_verteilt_das_weltvermoegen_neu-1.8373227) )

Den Chef-Ideologen Edenhofer/Schellnhuber/Leggewie/Schneidewind und Co. gelang es bereits, diverse Weltverbände (s.o..) in einen Gleichklang zu ihren ideologischen Forderungen zu bekommen.

Insgesamt wird es jedoch – ohne entsprechende strategische Mittel und Vorgaben – sehr schwierig werden, die Bevölkerung z.B. bei uns in Deutschland begeistern zu können für eine Ideologie des radikalen Verzichts, eine Ideologie der Verbote, eine Ideologie der alles limitierenden Gesetze und der strengen Sanktionen, die alle erforderlich sein werden und sind, um die Ideologie von der „Großen Transformation“ als neues „kollektives Massen-Bewußtsein in den Köpfen der Untergebenen, der Masse der entrechteten und teils sogar enteigneten Bürger festzuklopfen. Die entsprechenden Pläne liegen längst als fertige Gesetzesentwürfe in den Schubladen bereit.

Der ehem. Juso-Chef und derzeitige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert wird nur allzu gern bereit sein, in Sachen „Enteignungen“ den Ideologen der „großen Transformation“ unter die Arme zu greifen.

(<https://www.welt.de/wirtschaft/article192761211/Enteignungen-Kevin-Kuehnerts-extreme-Ideen-fuer-die-Wirtschaft.html> )

### **Wie waren in Deutschland und Europa die Anfänge dieser Umwelt- und „Klima“-Politik?**

Da ist zum einen der „Club of Rome“ zu nennen, der bereits in den fünfziger Jahren mit irrwitzigen Ideen zu kapitalistischen Wirtschaftssystemen Stellung bezogen hatte.

Als dann 1972 Dennis Meadows‘ Skript mit dem Titel: „**Grenzen des Wachstums**“ erschien – eine Zusammenfassung von Studien zur Weltwirtschaft, die mittels computerähnlichen Rechnern in Modellen „hochgerechnet worden waren“, um zu zeigen, daß das individuelle Handeln lokal tätiger Personen, Nationen, globale Auswirkungen haben wird in ferner Zukunft – wurden diese Thesen heiß diskutiert, aber von führenden Wissenschaftlern, vor allem von Experten, völlig entkräftet und als „Humbug“ verworfen.

In der Sozialen Marktwirtschaft gingen und gehen Prosperität - also Wohlstand für alle - stets mit Energie-Effizienz und -Bereitstellung sowie mit Wirtschaftswachstum und Produktivität Hand in Hand.



Die APO und vereinzelt linksextreme Gruppierungen mißbrauchten das Skript von Meadows nur allzu dankbar, um ihre kommunistisch-marxistischen Lehren vor allem den Schülern und Studenten in Deutschland als „neue Heilslehre“ zu übermitteln.

**Bei keiner einzigen Bundestags- oder Landtagswahl erzielten diese linksradikalen Splitterparteien auch nur ansatzweise genügend Stimmen, um sich Hoffnungen machen zu dürfen, allein mit demokratischen Mitteln an die Regierung gelangen zu können. Hieraus entwickelten sich die APO auf der einen Seite und die gewaltsam die Gesellschaft revolutionierenden Terrororganisationen wie die RAF um die Bader-Meinhof-Bande.**

Vielsagend auch, daß ihr linksradikaler Anwalt Horst Mahler kurze Zeit später vom Internationalsozialismus zum Nationalsozialismus, also nach „rechtsaußen“, überwechselte und heute wegen nationalsozialistischer Hetze eine Strafe im Gefängnis verübt. Es ist müßig, seine Freunde vom Anwaltskollektiv hier namentlich noch einmal zu benennen, unter ihnen Hans-Christian Ströbele, der hohe Politfunktionär der „Grünen“ und Otto Schily, der Ex-Innenminister, der ehemalige Mitbegründer der Grünen und spätere SPD-Funktionär (ab 1989).

**Fast zeitgleich zu dieser Entwicklung gab es aus der FDP heraus eine fast nicht öffentlich wahrgenommene und damals zahlenmäßig noch sehr kleine Gruppe von „Umwelt-Aktivisten“ aus der Polit-Bürokratie, die ganz offen davon sprach, mit Hilfe einer grünen Politik der bürokratischen Überbordung mittels entsprechender Gesetze und Vorschriften zum „Schutz der Umwelt“ an die Macht kommen zu wollen und Einfluß auf die Bundespolitik zu nehmen.**

**Im Verhalten Hartkopfs zeigten sich unverkennbar fast deckungsgleiche Parallelen zum Verhalten des Chef-Ideologen von der „Großen Transformation“, H. J. Schellnhuber.** Erkennbar machte dies Hanna Thiele (FDP), die hierzu unter dem Titel: „*Die Deformierte Gesellschaft*“ im Jahr 2006 (zitiert aus: [https://www.novo-argumente.com/artikel/die\\_deformierte\\_gesellschaft](https://www.novo-argumente.com/artikel/die_deformierte_gesellschaft) <http://www.institut-halbach.de/wp-content/uploads/2010/06/deformierteGesellschaft.pdf>) einen interessanten Bericht geschrieben hatte – weshalb ich Hanna Thieles Essay etwas ausführlicher zitieren will:

*„Im tieferen Sinne zielte diese Gruppe um den mittlerweile verstorbenen Staatssekretär Günter Hartkopf (FDP) auf eine Weltherrschaft der Bürokraten ab. Er agierte als beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium unter den Ministern Hans-Dietrich Genscher (FDP), Werner Maihofer (FDP), Gerhart Baum (FDP), Jürgen Schmude (SPD) sowie wenige Monate unter Friedrich Zimmermann (CSU). Anfangs war Umweltschutz für Hartkopf ein Nebenthema. Seine Aufgabe bestand darin, die Maschinerie der Bonner Umweltgesetzgebung zu „ölen“. Doch Hartkopf entwickelte daraus bald die Passion, den Umweltschutz zum allgemeingültigen und allgegenwärtigen Lenkungsapparat auszubauen.*

Im Jahre 1969 wurde Hartkopf die Leitung der neu geschaffenen umweltpolitischen Abteilung im Bundesinnenministerium übertragen. Sein Name wurde in der Industrie zum Synonym für außerordentlich lästige behördliche Aktivitäten. Hartkopfs Vorstellung war es, **den wissenschaftlichen Sachverstand auf zweierlei Weise für die Entscheidungsträger zu erschließen:**

In einer neuen „**Bundesanstalt für Immissionsschutz**“ sollten einerseits **Naturwissenschaftler neue Expertisen** entwickeln.

Andererseits sollte ein „**Bundesamt für Umweltschutz**“ den Forschern administrativ zuarbeiten. **1974** wurden diese Vorstellungen mit der Gründung des **Umweltbundesamtes** zusammengeführt.

**Hartkopf zielte auf eine „ökologische Wende“ ab: Die Wirtschaft sollte an die Kette gelegt und das Volk umerzogen werden. Wachstum und Wohlstand wurden Grenzen gesetzt und die Brotkörbe höher gehängt.**

Die Bürger wurden angehalten, die Gürtel enger zu schnallen.

Doch wie sollte eine solche Spardoktrin vom „Weniger ist mehr“ im „Wirtschaftswunderland“ und zumal in einer Demokratie, deren Politik sich am Willen der Mehrheit orientiert, bewerkstelligt werden?

**Hartkopf** hatte dafür sein eigenes Rezept:

*„Wenn die politischen Entscheidungen nicht auf dein Problem passen, ändere einfach das Problem“, erklärte er.*

**Der fleißige Staatssekretär wollte sich nicht auf Problemlösungen beschränken. Sein Ziel war die Etablierung eines ganz neuen „Problembewußtseins“ der Bevölkerung als Regulativ für alle Politikfelder. Hieran machte er sich mit großem Eifer.**

Das neue Bewußtsein sollte schleichend in die **leergelegten Werteräume der Menschen** vordringen und **Umweltschutz als Primärrecht zum Maßstab jeglichen menschlichen Handelns** deklarieren.

*..... „Dieser Verwaltungsteil wird gerne als ‚Umweltverwaltung‘ bezeichnet, obgleich sich die Umwelt als solche ganz sicher nicht verwalten läßt. Ja, es ist nicht einmal wünschenswert, die Umwelt zu verwalten, weil sie ihre von keinem Menschen veränderbare **Eigengesetzlichkeit** besitzt, die es positiv zu unterstützen gilt. Wer also von Umweltverwaltung redet, der weiß, daß er etwas ganz anderes sagt, als er meint.“*

Hartkopf schilderte im Anschluß **seine Methoden der Einflußnahme auf Gesellschaft und Politik:**

Angefangen hatte alles mit einer Schar hoher Beamter, die in See stachen, um, wie Pilgerväter, den ‚Kontinent Umweltschutz‘ zu erobern, der zu dieser Zeit noch keine Lobby hatte. Also **schufen sich die Beamten kurzerhand selbst ein Mandat**. Sie legten den Grundstein dafür mit der Ausrufung der „**Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen**“ und füllten diese fortan mit Leben (und reichlich Mitteln).

Die Arbeitsgemeinschaft wurde gegründet, um außerhalb von Verwaltung und Parlament Forderungen für mehr Umweltschutz zu erheben und in Politik und Medien Gehör zu finden.

Die neue Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen war emsig, aber noch lange kein umweltpolitischer Kampfverband. Da sich ein Mangel an öffentlichkeitswirksamen Aktionen zeigte, machten sich Beamte daran, Abhilfe zu schaffen:

**Sie engagierten sich dafür, die zahlreichen örtlichen Bürgerinitiativen zu einem Dachverband (BBU) zusammenzuschließen. Sie organisierten und finanzierten die**



**Gründungsversammlung und einiges mehr. Die zum Teil selbst geschaffenen und nun schlagkräftiger vernetzten Bürgerinitiativen (BIs) wurden zu stattlichen Wadenbeißern aufgepäpelt, die der Umweltverwaltung mehr Raum zum Agieren verschafften.**

Für die Einflußnahme auf das öffentliche Meinungsbild sollten diese BI-Netzwerke schon bald eine ganz zentrale Rolle übernehmen. Sie stellten sicher, daß die Medien ausgiebig über jeden kleinen Vorfall und jede Störung berichteten – nach dem Motto:  
**Jeder „Umweltskandal“ unterstützt das Gewicht der Umweltverwaltung.**

Um Hintergrundinformationen anfragende Journalisten wurden in aller Regel von dieser direkt bedient. So wurde der Umweltschutz langsam zu einem Thema, dem auch die Medien immer größere Aufmerksamkeit widmeten. Das ständig wachsende „Problembewußtsein“ der Bürger konnte nun auch immer leichter abgerufen und somit Einfluß auf politische Entscheidungen ausgeübt werden. So gelang es, einige Gesetzesinitiativen kurzerhand „wegzuadministrieren“.  
Die Versuche einiger Länderregierungen, bspw. das **Abwasserabgabengesetz** abzuschwächen, scheiterten an der **wachsenden Macht des Ökobeamtentums**.

Auch die Fachpresse wurde ihr zu einer tragenden Säule. Die Verfasser von Fachtexten waren nicht selten direkt in der Umweltbürokratie angesiedelt oder hingen an ihrem Tropf, sodaß **Hartkopf in seiner Rede von Januar 1986** stolz resümieren konnte:  
*„Die Fülle der substanziellen Fachartikel ist so groß, daß die Wirtschaft weder von der Menge noch von der Qualität her mithalten kann.“*

Einen immer lebendigeren Austausch entwickelten die Bürokraten **auch mit dem Justizapparat**.  
**Eine Vielzahl juristischer Gutachten und Stellungnahmen (technischen oder ordnungspolitischen Inhalts) entpuppte sich als eine Fundgrube für die mit bürokratischer Sorgfalt ihren Einflußbereich ausweitenden Umweltverwalter.**  
(Anm.: Die heutige Spitze des Eisbergs (2018/2019) ist z.B. die DUH / Deutsche Umwelthilfe, verkörpert durch ihren Vorsitzenden Jürgen Resch.)

Dies galt noch stärker für die Rechtsprechung, auf deren Verständnis für ökologische Zusammenhänge man angewiesen war. Auch bei umstrittenen umweltpolitischen Gesetzesvorhaben, die über Gerichtsentscheide auszuloten waren, **konnte Hartkopf sich schon bald wegen seiner einseitigen Vergabe von Forschungsvorhaben an „dienende Forscher“ auf seine Mitstreiter in Justiz und Rechtsprechung verlassen.**

Hartkopf verstand es wie kein anderer, **die Umweltverbände und BIs vor seinen Karren zu spannen.**

Als **Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings** (also des Dachverbandes von rund 100 Umweltverbänden mit **etwa 3 Mio. Mitgliedern**) kannte er die Auffassung der Verbände und ihre organisatorischen wie inhaltlichen Ziele, an deren Formulierung er selbst maßgeblich beteiligt war. Beharrlich wurde von dieser Position aus auch der **Einfluß auf die Forschungslandschaft** in Deutschland ausgeweitet:

Die **Umweltverwaltung** gab immer unmittelbarer **die „wichtigen“ Themen vor** und übernahm die **Auswahl der Wissenschaftler**, die mit ihrer Erforschung betraut werden sollten.

**Forschungsaufträge mit der richtigen Thematik an die richtige Institution vergeben zu können**, war natürlich extrem hilfreich. Sie beflügelte bspw. die von Hartkopf beschriebene Verwaltungsregel, daß dann, „wenn es einen Weg geben soll, eine wichtige Entscheidung zu verzögern, eine gute Verwaltung diesen Weg mit Sicherheit findet“.

**Hielt Hartkopf die Ergebnisse der Forschung für nicht „verwaltungsnützlich“, wurden sie unter Verschuß gehalten. Umgekehrt gab es Pressekonferenzen und Medienrummel, wenn im Sinne des Erfinders geforscht worden war.**

Am **3. Juni 1975** fand schließlich auf **Schloß Gymnich** eine **Umweltkonferenz mit Vertretern der Wirtschaft** statt. Thematisch ging es um die ökonomischen und finanziellen Auswirkungen der immer weiter ausufernden Umweltschutzmaßnahmen, die zu einem Investitionsstau geführt hatten.

Diese Konferenz war von dem Geist des „Jetzt reicht’s“ geprägt. Als die Beamten dies erkannten, änderten sie kurzerhand den Teilnehmerkreis, sodaß am Ende den Firmenbossen eine beachtliche Umweltstreitmacht gegenüberstand. Die Verfechter des Umweltschutzes waren von der Verwaltung im Vorfeld mit „schlagkräftigen“ Argumenten versorgt worden. Sie skizzierten vermeintlich drängende Mißstände und präsentierten im nächsten Atemzug auch sogleich die Lösungsmöglichkeiten. Die Wirtschaftsbosse liefen ins offene Messer. Sie waren unvorbereitet, wirkten hilflos und verließen geschlagen den Schauplatz. Hartkopf konnte triumphieren:

„**Der argumentative Sieg der Verwaltung über die Wirtschaft** und die ihr nahe stehenden Politiker war gegen Abend dieses denkwürdigen Tages eindeutig. Die Wirtschaft hat nie mehr versucht, ein zweites Gymnicher Gespräch zu verlangen. Sie hat in **Gymnich** und bei vielen Einzelaktionen die Erfahrung machen müssen, **daß sie der Verwaltung unterlegen ist.**“  
Nach Gymnich gedieh die Umweltbürokratie umso prächtiger.

Voller Stolz verwies Hartkopf in seiner 1986er-Rede auf die zahlreichen potenten und mitgliedstarken Umweltverbände, die auch ohne demonstratives Spektakel in Medien und Politik Anerkennung fanden.

In Spitzenpositionen dieser Verbände saßen nicht selten beruflich noch aktive oder ehemalige Beamte. 1986 konnte die Hartkopf-Riege über etliche Umweltverbände und BIs und ein **Unterstützerheer von etwa 4 Mio. Bürgern** verweisen. An diesem Potenzial konnte die Politik nicht mehr vorübergehen. Der Druck dieser Streitmacht brachte sie vielmehr unter größeren **Zugzwang, immer wieder neue Umweltgesetze zu lancieren.**

Wandten sich verunsicherte Politiker Rat suchend an die Umweltverwaltung, hatten die Bürokraten die gewünschte Regelung zumeist schon als fertigen Gesetzesentwurf in der Schublade.

**Viele Politiker verabschiedeten Gesetze, ohne näher hinzusehen und zu merken, daß sie damit einzig der Umweltbürokratie einen Gefallen taten, der Gesellschaft hingegen aber nicht selten einen Bärenienst erwiesen.**

**Zuweilen kam den Umweltbeamten jemand auf die Schliche. 1985 war es die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. In einem Projekt „Innenwelt der Umweltpolitik“ legte sie die Mechanismen des in alle Richtungen schmarotzenden Systems offen.**

Doch die Nutznießer des „**Systems Hartkopf**“ verstanden es wieder einmal, den Projektbericht **nicht** zur Veröffentlichung kommen zu lassen. So konnte mit Zustimmung der Parlamentarier aller Parteien nach und nach ein dichtes und **kompliziertes Verwaltungswerk entstehen, das (außer den technisch Versierten in Verwaltung und Wirtschaft) niemandem einen Zugang zur Bewertung seiner Methoden und Auswirkungen eröffnete** – bis heute ist das so.

Dadurch können die **Bürokraten mit ihrem „Herrschaftswissen“** die in der Verfassung garantierte **Gewaltenteilung** der üblichen Kontrollinstanzen weitgehend problemlos **unterlaufen**.

Der letzte Abschnitt der Hartkopf-Rede von 1986 trug die Überschrift: **„Umweltverwaltung und Desinformation“**.

Hartkopf referierte über die **frühe Kommunikationsarbeit mit Worthülsen und Sprechblasen**, die uns bis heute erhalten geblieben sind:

„Die zweite Eigentümlichkeit der Umweltverwaltung ist der **Gebrauch leerer Worthülsen, die allgemein der Desinformation Außenstehender dienen, um für bestimmte Zwecke in markiger Inhaltsleere Zielkonflikte zu verkleistern, um sie nicht im ungeeigneten Zeitpunkt aufbrechen zu lassen**.

Zwei Beispiele dafür will ich nennen.

Erstes Beispiel: Die **Forderung nach „ökologischem Gleichgewicht“**, oft gebraucht und in Parteiprogramme aufgenommen, ist **völlig inhaltsleer**, wenn nicht gleichzeitig gesagt wird, bei welchen präzisen Grenzwerten dieses Gleichgewicht für einen ganz fest umrissenen Bereich erreicht werden kann.

Zweites Beispiel: Die Formulierung **„Ökologie und Ökonomie müssen kein Gegensatz sein“** gehört dann zu den auch von mir in früheren Jahren bewußt gebrauchten und beschwichtigenden **Halbwahrheiten**, wenn nicht gleichzeitig gesagt wird, daß dies allenfalls nur makroökonomisch und auf lange Zeit gesehen Gültigkeit haben kann. Betriebswirtschaftlich stimmt der Satz nämlich weder bei den Investitionen noch gar bei den Betriebskosten; Umweltschutz ist im Betrieb eben meistens unrentierlich.

**Wir haben zwar für heute die leeren Worthülsen enttarnt, doch die Umweltverwaltung wird noch lange mit den irreführenden Sprechblasen leben können.“**

**Günter Hartkopf verstarb 1989, doch seine Methodik der Umweltverwaltung – er nannte sie sinnigerweise „Wachstumsindustrie“ – lebt bis heute weiter.**

(Einschub- Anm.: DAS ist die Quintessenz aus Hartkopfs manipulativem Handeln in Sachen „Umweltpolitik“- übertragen auf Schellnhuber, das PIK, den IPCC, die Partei „die Grünen“, aber auch auf alle ihnen zuarbeitenden NGOs, Think Tanks usw.).

**Fortsetzung Zitat:**

„Die von ihm erschaffene Umweltbürokratie wächst und treibt ständig neue Blüten. Die wirklichen Umweltprobleme der Anfangszeit hat man längst im Griff: Luft und Wasser sind sauber geworden, ausreichend vorbeugende Gesetze sind vorhanden.

Davon unabhängig hat die Technologieentwicklung auch ohne dirigistisches Zutun nicht stillgestanden: Effizienz und Ressourcenschonung haben alte Müllschleudern ersetzt. Der Verwaltungsapparat könnte also eigentlich wieder heruntergeschraubt werden.

Doch das Gegenteil ist eingetreten: **Die Umweltbürokraten suchen sich zur Selbsterhaltung ständig neue „Probleme“, für die sie das gesellschaftliche Bewußtsein schärfen möchten.**

**Am besten eignen sich hierfür Themen, die faktisch nicht greifbar oder langfristig angelegt sind, sodaß der Nachweis schwerfällt, ob neue Umweltauflagen überhaupt Sinn machen können.**

Nach dem **Motto „je abstrakter, desto besser“** wurde vor einigen Jahren der **„Klimawandel als größte Bedrohung der Menschheit“** ausgeguckt.

**Der Kreis zu Meadows *Grenzen des Wachstums* schließt sich damit wieder:**

Als Ursache der **drohenden Klimakatastrophe** wird der **hohe Energiebedarf der Menschen** angeprangert. **Als Bösewicht dient Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)**, das bei der Nutzung fossiler Rohstoffe freigesetzt wird.

Folglich bekommt alles, was zur **Reduktion** des menschenverursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes dient, den **Stempel „Gut, weil Klimaretter“**.

Doch natürlich gibt es **Ausnahmen:**

**So darf CO<sub>2</sub>-freier Strom aus Kernkraftwerken nicht als „Klimaretter“ durchgehen.**

Doch daran stört man sich nicht, ebenso wenig daran, dass die menschenverursachte CO<sub>2</sub>-Emission in Relation zu „natürlichen“ Vorgängen im Kohlendioxid-Gesamthaushalt der Erde eine quantitativ völlig untergeordnete Rolle spielt.

Das **Umweltbundesamt** meint hierzu ganz lapidar:

**„Die Emission „biologischen Kohlendioxids“ wird nicht exakt inventarisiert.**

Wissenschaftler schätzen jedoch, daß etwa **1,2 Prozent der Emissionen von Kohlendioxid durch menschliches Handeln bedingt** ist, der Rest (**98,8%**) ist natürlichen Ursprungs“.

Sei's drum: Über das abstrakte Thema „Klimawandel“ läßt sich dennoch endlos philosophieren. Das eröffnet der Umweltbürokratie schier grenzenlose Gestaltungsmöglichkeiten, die weit über den umweltrechtlichen Ordnungsrahmen von Verboten hinausgehen.

Die zur Staatsdoktrin auserkorene Haltung **„global denken, lokal handeln“** erhebt sogar den Anspruch, die weltgeschichtliche Bühne aufzumischen – bis hin zu **Forderungen nach einer sozialen Revolution und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft mit einer global geplanten ökologischen Weltwirtschaft im Mittelpunkt.**

Einen Vorgeschmack auf die passende Staatsdoktrin hierzu liefert das **„Vorsorgeprinzip“ (precautionary principle)**, das fatalerweise **auch in die europäische Verfassung aufgenommen** wurde.

Es stellt die seit Jahrtausenden bewährte Praxis „unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils“ auf den Kopf. Auf Grundlage dieses Prinzips ist per se immer erst einmal davon auszugehen, **daß von Menschen gemachter Wandel in die Apokalypse mündet**, weshalb **zuvor** ein

umfangreicher **Nachweis des Nullrisikos** zu führen ist. Hieran labt sich die Umweltbürokratie.

**Das Vorsorgeprinzip ist ihnen ein liebenswertes Instrument geworden, um der Willkür Tür und Tor zu öffnen und alles nach eigenem Gutdünken zu steuern. Weder die Wirklichkeit noch die wissenschaftliche Vernunft haben hierbei eine Chance.**

Das „Vorsorgeprinzip“ und der darauf basierende Umwelt- und Verbraucherschutz leisten (wie ein modernes Glaubensbekenntnis) einen gewichtigen Beitrag, um die Bürger an den Bürokratenapparat zu binden und seine Politik in moralisch ehrenhaftes Licht zu rücken.

Das ist längst auch in anderen (quasi allen „westlichen“) Ländern erkannt worden – auch in den USA, wo sich die Umweltschutzpolitik schon früher als bei uns bestens bewährt hat, um von anderen Problemfeldern abzulenken. Längst wird auch auf internationaler Ebene darum gerungen, wer im Bereich globaler Umweltpolitik das Zepter in der Hand hat.

**Umweltinitiativen sind so zu einem gefürchteten Instrument der internationalen Machtausübung und Autoritätssicherung geworden.**

In diesem Sinne formulierte einmal der von 1987 bis 1994 amtierende Bundesumweltminister **Klaus Töpfer (CDU):**

*„Internationale Umweltpolitik bekommt eine neue Dimension, die weit über die reine ökologische Problemlösung hinausweist: Sie wird zur präventiven Friedenspolitik.“*

Nicht zuletzt aus Gründen der globalen Respektsicherung und ihrer Rückkopplungen auf das Ansehen zu Hause ist die deutsche Politik darum bemüht, über die **Vorherrschaft im Bereich Klimaschutz zu verfügen.**

**Auf der bewährten Klaviatur des Ökologismus wird zu diesem Zweck einerseits der „Klimakiller“ CO<sub>2</sub> verteufelt, und andererseits werden die „erneuerbaren Energien“ als Menschenrettung angepriesen.**

„Erneuerbare Energien“ sind in diesem Bild nahezu **sakrosankte Erfindungen, um uns vor dem Untergang zu retten.**

Jeder darf mitmachen und damit **Gewissen und Portemonnaie** erleichtern – sei es durch eine Solarzelle auf dem Dach oder das Umrüsten auf Biodiesel. (Anm.: oder „freiwillige Geldzahlungen“ als **Spenden an „die Grünen“ und an deren NGOs oder Think Tanks** - bei **Privatflügen** oder **Kreuzfahrt-Urlaubsreisen**) – Und einige (dafür sorgte die Umweltbürokratie ebenfalls) können es unternehmerisch richtig krachen lassen.

Dieses System ist fest etabliert, und so wird die **Trompete der Desinformation** nahezu jeden Tag neu geblasen. **Jeder Unsinn, der das System stützt, wird veröffentlicht.** Die Panikmache kennt dabei keine Grenzen mehr.

So erreichen uns regelmäßig Schreckensnachrichten wie die von **Töpfer:**  
**„Zurzeit irren 15 Mio. Umweltflüchtlinge auf der Suche nach der nächsten Wasserstelle umher. Ursache ist der von den Industriestaaten verursachte Treibhauseffekt.“**

Solchen Unfug, der weder bewiesen noch dementiert werden kann, darf man heute äußern, ohne rot zu werden.

**In diesem Sinne kann auch die „Umwelt-Ökonomin“ Claudia Kemfert gebetsmühlenartig beschwören, daß die Schäden durch die Erderwärmung bis zum Jahre 2050 bereits 214 Bio. Euro betragen werden. (Anm.: Es ist eine durch NICHTS zu beweisende dreiste Behauptung einer „Wahrsagerin“...).**

Derlei **Schärfungen des „Problembewußtseins“** – man könnte auch **Indoktrinationsversuche** sagen – machen nicht einmal mehr Halt vor den Pforten von Universitäten, Schulen oder Kindergärten.

**Unbeachtet** bleiben bei der Hartkopfschen Schaffung von „Problembewußtsein“ **alle Fakten und Daten, die das Getriebe stören könnten.**

So geschehen mit einer Fülle von wissenschaftlich fundierten Klimameßdaten, die darauf hindeuten, daß es, in geologischen Zeitachsen betrachtet, **auf der Erde kälter wird**, daß wir derzeit aller Voraussicht nach in einer vorübergehenden Warmzeit (oder Zwischeneiszeit) leben und daß wir uns in Richtung einer neuen Periode verstärkter Vereisung der Erdoberfläche bewegen.

**Hiervon sind zahlreiche Klimaforscher überzeugt. Anläßlich der Klimakonferenz 1999 im österreichischen Linz boten sie den Apologeten der Klimakatastrophe die Wette an, sie würden jedes Jahr aufs Neue 1 Mio. US-Dollar erhalten, wenn die von Satelliten gemessenen Temperaturen auf der Erde höher lägen als im Vorjahr.**

Umgekehrt sollten aber auch die Katastrophenpropheten in die Tasche greifen müssen. **Das Wettangebot wurde erneuert, doch die Klimaerwärmungsfraktion zog den Schwanz ein.**

Wenn sie sich auf die Wette eingelassen hätte, wäre sie heute womöglich pleite (und die Welt um ein paar Weltuntergangspropheten ärmer). Die satellitengestützten Meßdaten belegen nämlich, daß die Verkünder der Erderwärmung Jahr für Jahr verloren hätten (auch 2006).

So sind mittlerweile **eine Menge Vorschriften in Gesetzbücher** gegossen worden, die dem **CO<sub>2</sub>-Dogma Rechnung tragen** und entsprechende Technologieeinsätze privilegieren, die andere diskriminieren.

**Techniken mit einer „positiven CO<sub>2</sub>-Bilanz“ werden als „gut“ etikettiert**, egal wie unwirtschaftlich oder gar umweltschädlich sie in Wirklichkeit sind und welche gesellschaftlichen Folgeschäden sie möglicherweise mit sich tragen.

Die Relativistenfront ist allgegenwärtig und animiert Politiker zu immer neuen Stilblüten. Der damalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, **Peter Harry Carstensen (CDU)**, verblüffte in einem Rundfunkinterview mit folgender Aussage:

*„Windenergie ist ökonomischer und auch vielleicht ökologischer Mumpitz. Wir brauchen die Windenergie hier, wir werden sie erhalten – basta“.*

**Auf Deutsch soll das wohl heißen: Wenn Mumpitz Geld bringt, dann halten wir eben daran fest.**

Nicht nur die Politik, auch die großen Stromversorgungsunternehmen haben sich als sehr anpassungsfähig erwiesen. Man spricht heute offen mit Blick auf deutsche Windparks von „geflügeltem Unsinn“, hält aber dennoch gerne die Hand auf, um die **garantierten Gewinne** aus dem **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** einzustreichen. Die einstige

Wirtschaftsmacht Deutschland ist so zum **Weltmeister im „Mitnehmen“** und **„Absahnen“** mutiert.

Mit dem EEG läßt es sich bequem und gut auf Kosten der Gesellschaft leben.

*Es hätte laut Gutachten des wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit mit der Einführung des Zertifikatehandels längst aufgehoben werden müssen.*

Im Gutachten heißt es: *„Das EEG wird dann (d.h. nach Einführung des Emissionshandels) zu einem ökologisch nutzlosen, aber volkswirtschaftlich teuren Instrument und müßte konsequenterweise abgeschafft werden“.*

Doch wie erwartet wurde das **EEG nicht abgeschafft**, sondern im Gegenteil eher noch ausgeweitet. Es ist Dreh- und Angelpunkt des gut vernetzten und von keiner Justiz behinderten „Eine-Hand-wäscht-die-andere“-Systems. Schon die absurde Höhe der Einspeisevergütung für Solarstrom bei der Verabschiedung des EEG zum 1. Januar 2000 entstammte einem **Kuhhandel, um Wolfgang Clements** (SPD) Ministerpräsidentenstuhl bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen nicht zu gefährden.

**Aus Sorge, die Stimmen der Kohlekumpel zu verlieren, brach Clement damals die Koalitionsvereinbarungen mit den Grünen. Damit diese die Kröte schluckten, wurde ihr Steckenpferd, der Solarstrom, mit einer garantierten Vergütung von 99 Pfennigen pro Kilowattstunde (kWh) durchgewunken.**

Und so wird ständig weiter geschachert und gekungelt. Und es werden immer neue Betätigungsfelder ausgemacht, die es zu mästen gilt, **ohne daß die Geschröpften (die Bürger als Steuerzahler und Stromkunden) Einblick in dieses korrupte System hätten**, geschweige denn mitreden dürften.

Kräftig bohrt gerade wieder die Windstrombranche. **Sie hat erkannt, daß Offshore-Stromerzeugung (bei küstennaher Meeresbodengründung) noch unwirtschaftlicher ist als Onshore-Windstrom an Land.**

Um neue Marktnischen **mit staatlicher Finanzierungsgarantie** zu kreieren, kennt der deutsche Erfindungsreichtum keine Grenzen:

So werden nun auch (nach bewährtem Muster) **politisch genehme Bürgerinitiativen** zum „Schutz vor den Umweltgefahren durch Höchstspannungs-Freileitungen“ **gegründet** und gehätschelt, um anschließend Forderungen nach dem Ausbau extrem kostenintensiver unterirdischer Übertragungsleitungen Nachdruck zu verleihen. Prompt schenken ihnen Verwaltungen, Parlamentarier und Medien Gehör. So wächst die Klügelklientel. **Unpassende Bürgerinitiativen, wie die gegen Windräder, werden hingegen totgeschwiegen oder durch den Schmutz gezogen.**

**Der mündige Bürger wird in diesem Selbstbedienungsladen nur noch als Störfaktor wahrgenommen, die Profiteure bleiben lieber unter sich.**

**„Auf die Dauer gibt es so viele Profiteure der Windenergie, daß sie keine Mehrheiten mehr finden, um das noch einzuschränken“, warnte Angela Merkel (CDU) im Oktober 2004 vor einigen hundert Energiemanagern in Köln.**



Diese Erfahrung hatte die spätere Bundeskanzlerin im ureigenen CDU-Milieu gesammelt. „Selbst Kirchengemeinden und Kindergärten stellen sich inzwischen reihenweise Windräder hin, um von den auf 20 Jahre gesicherten **Einspeisevergütungen** zu profitieren“, monierte sie damals – geändert hat auch sie daran bisher nichts.

Abgesehen von den direkten EEG-Nutznießern gibt es eine weitere Klimarettungs-Lobbygruppe, und zwar jene, die den internationalen Emissionshandel mit CO<sub>2</sub> organisiert und die Beute mit den EEG-Nutzern teilen möchte.

Vertreter dieses Fachs bauen im Dienste ihrer eigenen anschwellenden Bürokratien darauf, **daß der globale Zertifikatenhandel alsbald auf weitere Stoffe und andere Anwendungsbereiche ausgeweitet** werden könnte.

Im Gespräch sind handelbare Zertifikate für Gebäudewärme, Verkehr und Flugverkehr, die sich die gewieften Lufthändler zukünftig auch gerne versilbern möchten. (*Ann. Der Essay v. Frau Hanna Thiele ist aus d. Jahr 2006. Mittlerweile haben ihre Befürchtungen bereits ganz andere Dimensionen angenommen*).

Die Ziele sind aber weit höher gesteckt: Die Allianz der Umweltverwalter und Umweltökonominnen hat (wie auch immer) ausgerechnet, **daß der Nutzungswert der globalen Artenvielfalt jährlich 33 Bio. US-Dollar beträgt**. [\\_](#)

Das wollen sie möglichst flächen- und themendeckend in bare Münze umgewandelt sehen.

**Außer auf eine neue Eiszeit steuern wir also momentan auf eine „ökologistische Planwirtschaft“ zu.**

Bleibt abzuwarten, wann der Bürger am eigenen Leib spürt, daß die versprochene Heizenergieeinsparung nicht eingetreten ist – obwohl er in zwangsgedämmten Wohnungen sitzt – und gegen diese Zustände aufbegehrt.

Zuerst wird er womöglich feststellen, daß er sich das Strom- und Energiesparen nicht einmal mehr leisten kann – vom Verbrauch einmal ganz zu schweigen –, **weil seine Investitionen**, statt für Energieeffizienz eingesetzt zu werden, heute eher **auf den Konten pausbackener Klimaretter landen**.“ (Zitat- Ende) .

**Aus:** [https://www.novo-argumente.com/artikel/die\\_deformierte\\_gesellschaft](https://www.novo-argumente.com/artikel/die_deformierte_gesellschaft)  
<http://www.institut-halbach.de/wp-content/uploads/2010/06/deformierteGesellschaft.pdf>

Dieser sehr lesenswerte Artikel/Essay von Frau Hanna Thiele (FDP) wird in letzter Konsequenz von ihr noch folgendermaßen ergänzt:

**„Die Leute vom Club of Rome werden sich ebenfalls freuen, daß Kirchen und bürgerliche Parteien ihnen den Weg bereiten zu einer zentralen Weltensteuerung, in der es weder Nächstenliebe, weder rot noch schwarz noch gelb geben wird, weder rechts noch links, nur Befehl und Gehorsam – und Monopolwirtschaft mit Preisdiktaten“.**

(aus: <https://www.eike-klima-energie.eu/2010/05/10/co2-kopfpauschale-neue-schmierung-fuer-merkels-lahmenden-klimamotor-der-westen-bezahlt-seine-eigene-abschaffung/>)

An diesen Strategien der „sinnleeren Worthülsen“, der „Sprechblasen“ (z.B. „ökologischer Fußabdruck“ oder „Fridays for Future“ – Was ist hier mit „FUTURE“ inhaltlich gemeint? – „ökologische Hausaufgaben“ - usw.), aber auch am Prinzip der Desinformation, darüber



hinaus der „digitalen Transformation“ u.v.m. wird sich nichts ändern. Den „großen Transformern“ ist ein „Klimawandel“ völlig egal; denn sie wissen ja, daß das nur eine leere Worthülse ist, die nicht der Wahrheit entspricht.

Auch die Verlegung des Überprüfungs-Punktes, ob die heute getroffenen Behauptungen überhaupt zutreffen, in die weite Zukunft hinein, ins Jahr 2050 bis 2070, wenn die Leser des Beitrags heute und deren Kinder und teilweise deren Enkel längst nicht mehr am Leben sind, das alles sind strategische Tricks, uns alle an der Nase herumzuführen.

Und die immer strenger gefaßten Grenzwerte z.B. beim Stickoxid - von zuerst 120, dann 90, dann 70, dann 60, dann 40 µg/Kubikmeter Luft unter Beibehaltung des Arbeitsplatzgrenzwertes von 900 µg/Kubikmeter - sind ebenfalls eine probate Strategie-Methode, der deutschen Automobilindustrie, dem Rückgrat unserer Wirtschaft, „revolutionär-antikapitalistisch“ schweren Schaden zuzufügen.

Umso stolzer können wir sein, daß es die Automobilindustrie bisher geschafft hat, diese Gesetze und Normen bis auf ca. 50-60 µg/Kubikmeter Luft NO<sub>2</sub> einzuhalten. Denn damit – mit einer solchen Anpassungsfähigkeit der Automobilindustrie – hat keiner der „großen Transformatoren“ gerechnet.

Auch die immer weiter nach unten gesetzte, gerade noch für unseren Planeten „akzeptable durchschnittliche Erderwärmung“ – von 4° C runter auf 2°c und - seit Kattowitz - auf 1,5°C – gefolgt von der CO<sub>2</sub>-Neutralität im Jahr 2050 - zeigt, daß man sich noch nicht einmal auf die „neuesten Forschungsergebnisse“ der „7000 Wissenschaftler“ des IPCC verlassen kann, die mit ihren Computer-gesteuerten Modellberechnungen im Sinne von Computerspielen ihre Berechnungen vornehmen- völlig subjektiv und an der Wahrheit vorbei.

Das Kohlendioxid ist das einzige Gas, der einzige Stoff, der menschenverursacht leicht in der Konzentration in der Luft angestiegen ist. Aber selbst hierbei sind Konzentrationen des CO<sub>2</sub> in der Luft - in Deutschland - menschengemacht lediglich bei 0,0004712% des Gesamt-CO<sub>2</sub> anzusiedeln.

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von den Dächern - und natürlich haben auch die rot-grünen selbsternannten „Klimaforscher“ die Unlogik ihrer Falsch-Behauptungen bemerkt: Mit dem CO<sub>2</sub> als „Klimakiller“ (auch so eine Leerformel ohne Sinn) können sie niemanden mehr ernsthaft vom Klimawandel überzeugen - außer vielleicht irgendwelche BürokratINNen oder UmweltministerInnen.

Deshalb lassen die Schellnhubers, Edenhofers, Schneidewinds, Rahmstorfs, Leggewies und Co. seit neustem verlauten, daß nicht das CO<sub>2</sub> die Hauptschuld am Klimawandel trägt, sondern „DER WASSERDAMPF“, der viermal intensiver die Erde erwärmen läßt durch den „Treibhaus-Effekt“. Eine Lügen-Sau nach der anderen wird von Rot-Grün durch die Arena gejagt.

Allein die Tatsache, dass Deutschland grade mal seine ca. 35 Kohlekraftwerke abschaltet, während – wir müssen global denken – die Chinesen und Inder 3600 Kohlekraftwerke aktiv betreiben und jährlich 600 neugebaute, weitere Kohlekraftwerke ans Netz anbinden, besagt, daß unser nationales Bemühen völlig sinnlos wäre, wenn es den „CO<sub>2</sub>-bedingten Klimawandel gäbe“.

Doch halt, jetzt kommt der lächerlichste Einwand gegen dieses Argument: Schellnhuber behauptet doch tatsächlich, daß die oben aufgeführte Rechnung völlig falsch sei, da die Chinesen ja wesentlich mehr Einwohner in ihrem Land haben als wir Deutsche. Und würde man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung sehen, dann lägen die Chinesen und Inder noch weit unter dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von uns Deutschen....

Der Atmosphäre, der Luft um unseren Globus herum, ist die Einwohnerzahl der Länder aber piep-egal. Was zählt, ist der absolute Ausstoß des CO<sub>2</sub>, das in die Luft gelangt – und das – zusammen mit dem von Natur aus gebildeten CO<sub>2</sub> zusammen mit dem „vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub>“ bei gerade mal 0,038% bis max. 0,040% liegt.

Aber selbst wenn der ganze unwissenschaftliche Unsinn, den das PIK und der IPCC da verzapfen, „zutreffen“ würde, stellt sich immer noch die Frage, wieso wir dann unsere Regierungsform ändern müssen, unsere Lebensweise und Lebensgewohnheiten. Und wieso wir unser demokratisches Erfolgssystem der repräsentativen Demokratie abschaffen und umwandeln müssen in ein neomarxistisch-sozialistisches Unrechtsregime. Und was die „Homo-Ehe“, die straffreie Abtreibung, der Erhalt der Artenvielfalt oder unsere bisher individuell gestaltete Mobilität (meinetwegen mit Elektro-Autos - aber INDIVIDUELL und FREI) oder der Genderismus einer Judith Butler und ihres Lehrers, des belgischen Nazis und Judenhassers Paul de Man mit dem CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft zu tun haben. Und wieso senkt sich weltweit der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft, wenn Millionen und Abermillionen Schwarzafrikaner und Araber in Europa einwandern dürfen? Wie hoch ist deren zusätzlicher Energiebedarf? Und wie decken wir den am besten?

Schellnhuber schreibt ja in seinem Pamphlet von der „großen Transformation“, daß der wahre „Heilsbringer“ in Sachen „Erderwärmung“ (die übrigens bis heute durch nichts bewiesen werden konnte), die „Dekarbonisierung“ sein soll.

Unter Dekarbonisierung versteht man wissenschaftlich die Bekämpfung und Eliminierung aller Kohlenstoff-Atome. Nur ist jede Form von Leben auf unserer Erde an Kohlenwasserstoffe gebunden. Das würde implizieren, daß durch Dekarbonisierung jede Form von Leben ausgelöscht werden müßte, damit die „Dekarbonisierung“ in letzter Radikalität überhaupt realisiert werden könnte. **Aber Logik, Verstand und Vernunft (Ratio) sind hier nicht gefragt.**

**Die „große Transformation“ zur „Rettung der sonst verglühenden Erde“ fordert, das Denken den „Fachleuten“ zu überlassen, das eigene Gehirn auszuschalten, die „da oben“ doch bitte einfach mal machen zu lassen, ohne zu murren** – sich zufrieden zu geben als „Normalbürger“ mit „panem et circenses“, mit gut gefüllten Diskounter-Regalen, mit Alkohol- und Drogen-Genuß (nach Freigabe des Marihuana/des Haschisch) und mit den Aktionen einer Massenunterhaltung. Im Fernsehen sollen wir uns zupilchern lassen, oder Harald Leschs Dauerberieselung vom „Klimawandel“ lauschen. Oder Krimi-Serien konsumieren, oder Asi-Prolo-Programme in den Privatsendern glotzen, oder irgendwelche „Fußball-Sommermärchen“ verfolgen - mittlerweile werden sogar drittklassige Fußballspiele live und in voller Länge übertragen. Die TV-Nachrichten, in denen jeden Tag irgendein Thema gesendet wird, das mit „Schellnhubers“ Klimawandel zu tun hat, werden täglich garniert mit Kommentaren und Beiträgen von hochwissenschaftlich ausgebildeten Klima-Experten. Und wenn man sich die Mühe macht, diese Personen einmal zu googlen, so sind sie sehr eng vernetzt mit dem IPCC oder dem PIK oder mit der Open Society Foundation oder mit den einschlägig bekannten vom Ausland fremd finanzierten NGO's und „Think Tanks“,

womit wir bei der „inneren Struktur“ der ideologischen Indoktrination der Bevölkerung angelangt wären.

### **Wie funktioniert DAS denn?**

Hierzu hat Frau Hanna Thiele im Jahr 2006 in ihrem Essay bereits sehr viele Details genannt. (siehe oben). Hinzu kommt, daß Schellnhuber explizit fordert, daß sog. „*Pioniere des Wandels*“ gezielt eingesetzt werden sollen und müssen auf allen Ebenen der Gesellschaft.

### **Was sind „Pioniere des Wandels“? Woher kommt dieser Begriff?**

Er stammt eindeutig – vielleicht als Tribut an die Kanzlerin – aus der Propaganda-Maschinerie der DDR:

Die „Jungen Pioniere“ der **HJ** („Honecker-Jugend), offiziell FDJ genannt, sind bestens bekannt.

Auch in dieser Wortwahl von den „Pionieren des Wandels“ zu sprechen, zeigt, wes Geistes Kind die Schellnhubers und Edenhofers sind:

**Die Pioniere des Wandels, die für die große Transformation ideologisch und in praktischer Durchführung alles geben müssen, um das „kollektive Bewußtsein in der Bevölkerung“ zu schaffen, die „Verzichtsforderungen“ der „Großen Transformation“ bezüglich Lebensstil und individueller Persönlichkeitsbildung und Entfaltung der personalen Kreativität in Abgrenzung von kollektiven Mustern des Zusammenlebens – also diese „Pioniere“ sollen die neue Ideologie freudestrahlend begrüßen, mit „gutem Beispiel“ vorangehen, sich einengen lassen im Bewegungsradius, sich lächelnd unter die Knute der Machthaber begeben, und sie sollen – von der Ideologie durchdrungen und „begeistert“ – zu widerspruchsfreien Untertanen der Befehlshaber der Großen Transformation werden.**

Sie haben auch Kontrollfunktionen wahrzunehmen, sollen auf „Mißstände“ hinweisen (auf „nicht folgsame“ Widerständler?) , sollen „horizontal“ in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein arbeiten, sollen vertikal - von oben nach unten - ausgebildet werden von Mitgliedern aus NGOs, die selbst Pioniere des Wandels sein können, und sie sollen kadermäßig geschult werden in Think Tanks und sonstigen, den Ideologen von der „Großen Transformation nahestehenden Vereinigungen“, um bei entsprechender „Eignung“ auf höhere Stufen des Systems hochklettern zu können (Stichwort: „Karriere“).

**Die „Pioniere des Wandels“ schuf Schellnhuber in seiner Ideologie von der „großen Transformation“ nach dem Vorbild der „Change Agents“, was synonym zu „Pioniere des Wandels“ verstanden werden kann.**

(Der Ausdruck „Change Agents“ stammt letztlich aus betriebswirtschaftlichen Wissenschaftsbegriffen beim Wandel (change) von Betriebsstrukturen.)

Ganz oben in der streng hierarchisch aufgebauten Organisationsstruktur steht der Change Architekt, der die Idee des Wechsels zu neuen Strukturen erfunden hat und nun erfolgreich in die Tat umsetzen will. Da er allein dies nicht zustande bringt, hat er ein Change Management zur Verfügung, das die Change Agents gezielt im Betrieb einsetzt, um die anstehenden betrieblichen Veränderungen zu realisieren und hierbei möglichst viele Betriebsangehörige auf seine Seite zieht. Change Agents sind vor allem auch „Controller“, die den erfolgreichen Wandel (change) überwachen, steuern realisieren.

Hierbei dürfte das Handeln ohne Offenlegung aller Beweggründe und ohne völlige Präsentation der wahren Intentionen der einzelnen Zwischen- und Hauptschritte im Vordergrund stehen.

Das schließt dort, wo das aus ideologischen Gründen „erforderlich sein sollte“ (das wird in den meisten Fällen so sein) auch subversives Handeln und schleichende Indoktrination mit ein.

Schellnhuber und das PIK scheinen mit Hilfe der zuständigen Bundesministerien und der Bundesregierung bereits heute mit ihren change agents, die vor allem auch Netzwerk-Verknüpfungen realisieren sollen, bis in die diversen Landesregierungen hinein politischen Druck und Macht auszuüben, wie man am Beispiel Rheinland-Pfalz ersehen kann:

Hier ein Auszug aus Seite 6 des BNE-Projekts der Landesregierung Rheinland-Pfalz:

Vgl.:

[https://umdenken.rlp.de/fileadmin/um\\_denken/PDFs\\_Logos\\_PowerPoints/Dateien\\_BNE\\_in\\_Kitas/zukunftskonzeption\\_einseitig\\_1.pdf](https://umdenken.rlp.de/fileadmin/um_denken/PDFs_Logos_PowerPoints/Dateien_BNE_in_Kitas/zukunftskonzeption_einseitig_1.pdf)

In Rheinland-Pfalz sitzen sog. „Pioniere des Wandels (Schellnhubers Ausdruck) als „Change-Agents“ im **BNE** der Landesregierung:

**Angelika Schichtel** (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V.-**Bundesgeschäftsstelle** Frankfurt am Main ) und **Hans-Heiner HEUSER** (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Rheinland-Pfalz e.V.), die verantwortlich zeichnen als die Haupt-Autoren des Beitrags.

In den von Schellnhuber und Co. (PIK/WBGU) errichteten Schulungs- und Bildungszentralen sollen

**Lehrer/Sozialpädagogen/Sozialarbeiter/Seminarleiter/Regierungsberater/ideologische PR-Manager usw.“ geschult werden** in Sachen: „Indoktrinierung, Kaderschmiede, Manipulation der Regierenden und aller Institutionsleiter in Sachen „Umwelt/Klimawandel“. Nur so ist es zu verstehen, daß hier von „change agents“ direkt gesprochen wird.

Und „Change Agents“ haben gemäß des ideologischen Konstrukts von der „großen Transformation“ m.E. nur das eine Ziel: die Regierenden (Malu Dreyer und Co. in RLP und viele mehr) in ihrem politischen Handeln und Regieren auf Linie zu bringen bezüglich der Ideologie von der Großen Transformation und ihnen ihre Entscheidungen „zu erleichtern“ – man könnte auch sagen: „vorschreiben!“

Das Skript hat die Überschrift:

### **Zukunftskonzeption B.N.E.**

(Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz 2015)

In diesem Schreiben wird u.a. gefordert: (wörtliches Zitat):

**„Eine fundierte, regelmäßige Aus- und Weiterbildung der Lehrenden, ihre Stärkung als Change Agents der „Großen Transformation“ sowie die Verankerung in Bildungsplänen sind unerlässlich“.**

Folgt man dem Text des Links zur Internetseite, dann geht es ums „UMDENKEN“ in Rheinland-Pfalz - hin zu den Inhalten von der Ideologie der „Großen Transformation“.

Hier der LINK zu dieser Seite im Konzept der Landesregierung RLPP:

[https://umdenken.rlp.de/fileadmin/um\\_denken/PDFs\\_Logos\\_PowerPoints/Dateien\\_BNE\\_in\\_Kitas/zukunftskonzeption\\_einseitig\\_1.pdf](https://umdenken.rlp.de/fileadmin/um_denken/PDFs_Logos_PowerPoints/Dateien_BNE_in_Kitas/zukunftskonzeption_einseitig_1.pdf)

Diese von den „Change-Architekten“ (z.B. wie Schellnhuber, Rahmstorf, Leggewie, Edenhofer u.a.) als **Change-Manager** namentlich persönlich bestimmten Personen dienen der Selektion von **Change-Agents**. (Daher ist die BNE eine „Bildungs“- und „Umerziehungs“-Institution!).

**Change Agents wiederum** sind die für den ideologischen SYSTEM-WECHSEL in unserer Demokratie aktivistisch im Sinne der Schellnhuber'schen Großen Transformation Handelnden, (von PIK und WBGU selektionierte) Sub-CHEF-Ideologen, mittlerweile offensichtlich sogar präsent in Schlüsselstellungen der Politik - ohne politisch-demokratisches Mandat gemäß eines Wählerauftrags!) wie hier als „change agents“ in den Reihen der **Landesregierung Rheinland-Pfalz** - ein Schlag ins Gesicht aller wahren Demokraten...

**Daß die Ideologie von der „großen Transformation“ expressis verbis antidemokratische Ziele verfolgt, zeigt sich in der Forderung Schellnhubers/Leggewies nach einem House of Lots!**

**Claus Leggewie schrieb im WBGU-Gutachten: „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ zusammen mit H.J. Schellnhuber auf Seite 228ff im Kapitel 5 (Gestaltung der Transformation), daß die Transformation der Einführung eines „neuen Elements partizipativer Demokratie“ benötigen würde unter Umgehung der bisher bekannten Wahlverfahren der repräsentativen Demokratie.**

**An dieser Stelle des Gutachtens wird ausführlich die „Idee vom House of Lots“ beschrieben.**

**Zitat Anfang:**

**Loskammern (House of Lots)**

*Deliberative Politik meint, daß zum einen die Erkenntnisse der Wissensgesellschaft durch Konsultationsmechanismen zugänglicher gemacht werden und zum anderen Bürger und Bürgerinnen als Mitwirkende an Zukunftsentscheidungen in die Verantwortung und ernst genommen werden.*

*In diesem Sinne kann man deliberative Zukunftskammern konzipieren, die auf eine in der Demokratiegeschichte bereits alte, in der repräsentativen Demokratie aber eher randständige Idee zurückgreift.*

*Diese Zukunftskammer ist eine Institution, die nach dem Zufallsverfahren zusammengesetzt ist und politische Anregungs-, Beratungs- oder Entscheidungskompetenzen übertragen bekommt... (Buchstein, 2009, 2010; Hein und Buchstein, 2009).*

Anm.: Eine solche „Zukunftskammer“ wurde im August ins Leben gerufen und tritt in Berlin ab September zusammen, um Gesetzesvorschläge zu erarbeiten zur Änderung/Ergänzung des „Lissabonner Vertrages“ – diese Beschlüsse von 2000 zufällig ausgewählten Bundesdeutschen wurden am 09./10. November an Schäuble übergeben und - vom Bundestag ratifiziert- an Macron beim Europarat-Gipfel am 10. Dezember 2019.

Hier zimmert sich Schellnhuber eine pseudo-argumentative Rechtfertigung für seine geplante Beschneidung und letztlich **Abschaffung unserer repräsentativen Demokratie** zusammen:

Diese Gremien sollten konsultativen Charakter haben und das repräsentative System durch „Verbesserung der Entfaltungsbedingungen einer **im Kern deliberativen politischen (Alltags-) - Praxis**“ *ergänzen* (Schmalz-Bruns, 1995). - die Idee vom „Mini-Populus“ gem.: Dahl 1987/1992

*Anm.: sehr gefährliche Entwicklung hin zu „Losverfahren“, weg von direkten Wähler-Voten in der Politik!*

Ein solcher Mini-Populus setzt sich aus **etwa eintausend Bürgern eines Landes** zusammen, die nach dem Zufallsverfahren per Computer ermittelt wurden.

Ihre Aufgabe ist es, **über eine bestimmte Frage, für die sie vom Parlament (oder einer anderen zuständigen Institution) eingesetzt worden sind, innerhalb eines längeren Zeitraums zu beraten und verschiedene Entscheidungsoptionen zu entwickeln.**

Die Mitglieder können sich von Angesicht zu Angesicht treffen, aber auch elektronisch miteinander kommunizieren. Denkbar ist ein **Netzwerk mehrerer Minipopuli**, die gleichzeitig zu verschiedenen Themen und auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen debattieren.

Am Ende des Beratungsprozesses soll eine „**Policy-Empfehlung**“ für die Legislative stehen. Der Vorzug solcher **Konsultativgremien** für das politische System als Ganzes soll darin bestehen, daß sie **Berufspolitiker mit aufgeklärten Bürgervoten konfrontieren.**

Damit ist die Hoffnung verbunden, die legitimatorische Kette zwischen Bürgern und Berufspolitikern zu stärken und so Politik(er)verdrossenheit entgegenzuwirken.

Wenn auch **die bundesdeutschen Erfahrungen mit partizipativ und deliberativ ausgelegten** Technikfolgenabschätzungen aus den 1990er Jahren nicht ermutigend ausgefallen sind, läßt sich dies in erster Linie genau darauf zurückführen, **daß sie eben keine entscheidungs-**, sondern ausschließlich empfehlungsorientierte Verfahren waren und die Adressaten – vorwiegend Behörden – die Empfehlungen nur zögerlich aufgegriffen haben.

Offensichtlich entsteht unter den Mitgliedern deliberativer Körperschaften ein manifestes Motivationsproblem, wenn der Entscheidungsbezug der gesamten Veranstaltung gering bleibt oder nicht ohne Weiteres für die Teilnehmer zu erkennen ist.

Angesichts dessen ist es interessant zu wissen, was geschieht, *wenn ausgeloste Gremien auf Augenhöhe mit den anderen politischen Akteuren in den Machtkreislauf moderner Demokratien gebracht werden.*

Doch fehlen praktische Erfahrungen mit per Los ermittelten Gremien, die ein verbindliches politisches Gewicht haben, bislang weitgehend.

Denn in einem wesentlichen Punkt unterscheiden sich all diese Beispiele aus der Politik von den klassischen Geschworenengerichten aus der Justiz:

Selbst dann, wenn sie von Parlamentsausschüssen oder anderen Instanzen eingefordert werden, gelangen sie zu keinem Votum, das einer Entscheidung mit verbindlichen Folgen gleichkäme.

Sie geben lediglich **Empfehlungen** für gewählte Amts- und Mandatsträger ab und fungieren gleichsam als **Methode, mit der politische Eliten den aufgeklärten Bürgerwillen zu erfahren suchen.**

*(Anm.: Das aber geht wesentlich effektiver über demoskopisch arbeitende Meinungsforschungsinstitute! Hier besteht deshalb der dringende Verdacht, daß es diesen Anti-Demokraten um eine Unterhöhlung demokratischer Entscheidungen durch den Wähler oder seine direkt gewählten Vertreter geht!)*

Die bisherigen Projekte bewegen sich bestenfalls in einer Art Grauzone zwischen einem direkten Einwirken auf politische Entscheidungen und den indirekten Resonanzen, die über die Vermittlung der Öffentlichkeit in den politischen Prozess eingespeist werden.

Seit den 1990er Jahren wurden insbesondere in einigen europäischen Ländern neue Formen der Politikberatung, wie z. B. „Konsensuskonferenzen“ oder „**Szenario workshops**“ durch repräsentativ zusammengesetzte Bürgergruppen **erprobt.**

Die bisherigen Vorhaben und Projekte mit zufallsgenerierten Gremien bedürfen somit weiterer Revisionen, um zu einer Erfolg versprechenden Reformoption werden zu können. Notwendig ist vor allem eine klare **Festlegung verbindlicher Kompetenzzuschreibungen** im Rahmen des politischen Systems moderner Demokratien.

**Die Gefahr, daß die Einberufung zufallsgenerierter Räte ansonsten zu einem Instrument wird, bei dem sich eine Regierung oder die Opposition je nach politischer Großwetterlage und Bedarf nur mit zusätzlicher Legitimation für ihre parlamentarische Politik versorgen will, wäre andernfalls fast unausweichlich.**

*(Anm.: ACHTUNG, es geht letztlich um die Schaffung einer linksradikalen RÄTE-REPUBLIK!)*

Notwendig ist auch eine klare Definition der Konstitutionsbedingungen und des sektoralen Arbeitsbereiches von Losgremien, weil sich Beratungsmaterien ansonsten in so viele Fragenaspekte zerlegen lassen, **bis sich parallel tagende Räte gegenseitig blockieren.**

**Bei regional oder thematisch fokussierten Räten tritt als weitere Notwendigkeit hinzu, den Kreis der Grundgesamtheit für die Zufallsauswahl zu definieren.**

Auf Fragen wie die zuletzt gestellten lassen sich keine generellen Auskünfte geben, sondern sie lassen sich nur im Hinblick auf konkrete Reformvorschläge sinnvoll beantworten.

Die Einrichtung eines „House of Lots“ als institutionelle Antwort auf die Probleme der **Politikprogrammierung im Bereich der Klimapolitik** gehört zu einem Vorhaben aus dem Bereich der „**democratic innovations**“ (Smith, 2009).

Mit Blick auf die besondere Eignung oder Nichteignung eines „House of Lots“, einer **Loskammer**, als einer neu zu schaffenden politischen Institution, die in politische Entscheidungen einer zukünftigen Klimapolitik einbezogen werden könnte, lassen sich nach dem bisherigen Stand der Dinge folgende Thesen aufstellen:



> **Beratungen in einer Loskammer sind prinzipiell gut geeignet für Themen mit hoher intergenerativer Relevanz**, da die bisherigen Forschungen nicht nur erhebliche kognitive Veränderungen auf Seiten der Teilnehmer attestieren, sondern auch einen gewissen „Universalismuszwang“ der angeführten Argumente, da die zufällig zusammen gelosten Akteure geringere strategische Anreize haben, rein interessenorientiert zu argumentieren, **als politische Akteure, die fest in politische Netzwerke eingebunden sind.**

Die empirische Forschung der vergangenen Jahre zeigt: **ausgeloste Repräsentanten (LotReps)** weisen eine **hohe Gemeinwohlorientierung** auf (was zwar nicht alle Probleme löst, aber doch einige Probleme vom Tisch nimmt).

> **Ein „House of Lots“** sollte streng getrennt werden von gewählten Körperschaften, da Akteure ausgewählten Institutionen **anderen Handlungslogiken folgen (müssen) als ausgeloste Repräsentanten.**

Als Minderheit in einer Wahlkammer würden diese auch leicht in parteipolitische Zuordnungen und Zwänge geraten.

> Die **Weiterentwicklungsmöglichkeit für zufallsgenerierte Räte** gegenüber den bisherigen Modellprojekten läuft letztlich auf eine Entscheidung zwischen zwei Optionen hinaus:

Entweder man bleibt auf den neu eingefahrenen Gleisen und betreibt die geschilderten Experimente und Projekte mit ihrem häufig unverbindlichen Status weiter.

**Alternativ dazu steht die Stärkung einer zufallsgenerierten Kammer als einer neuen politischen Institution mit begrenzten, aber realen politischen Einflußmöglichkeiten.**

Am Ende eines in diese Richtung zielenden reformpolitischen Weges stünde der **Einbau eines „House of Lots“ in das bestehende institutionelle Arrangement mit einem klar zugewiesenen und verbindlichen Kompetenzprofil.**

Dies kann von der obligatorischen Stellungnahme über eine **Moratoriumskompetenz** bis hin zu gewissen **Vetofunktionen** reichen und müßte – je nach Ebene (kommunal, Land, Bund, EU, weltweit) – wohlüberlegt ausgestaltet werden.

.....

Anläßlich der Sommertagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 02.08.11 kritisierten vor allem die Grünen (Robert Habeck) unsere repräsentative Demokratie, die wiederholt die guten grünen Gesetze rückgängig gemacht hätten in neuen Legislaturperioden. Mit einem „House of Lots“ könne man durch ausgeloste „Mini-Populi“ solche Blockaden der guten grünen Politik verhindern. (<https://www.boell.de/de/stiftung/akademie/akademie-sommerakademie-2011-legitimation-wandel-green-campus-12713.html>)

**Die Idee vom „House of Lots“ ist höchst undemokratisch und etabliert ein jenseits aller demokratischen Spielregeln stehendes totalitäres Willkür-System.**

**Nicht „ausgeloste Pseudo-Volksvertreter“, sondern NUR DAS VOLK, jeder einzelne Wähler, ist der SOUVERÄN unseres Staates - auch wenn das den Grünen nicht paßt!**

**Fazit:**

**Schellnhuber und Co. sowie die „Grünen“ unter Robert Habeck zeigen mehr und mehr ihre wahre politische Absicht, die darin besteht, unsere repräsentative Demokratie und den Wähler, das Volk, als alleinigen Souverän abzuschaffen und ein totalitäres links-grün-diktatorisches Regime zu etablieren, in dem allein die rot-grüne Ideologie des Neomarxismus als staatsbestimmende Ideologie zugelassen ist.**

**Wenn der Wähler von den Grünen, und so äußerte sich Habeck letztlich, entmündigt und entmacht wird, damit der grün-rote Neomarxismus als Diktatur in Deutschland die Macht übernimmt, dann ist das wahre Ziel der Großen Transformation erreicht. Und dann wird für jeden Bürger sichtbar, daß die Klimalüge, die Lüge vom Weltuntergang durch CO<sub>2</sub> – nur vorgeschoben war, um Deutschland in eine grün-rote sozialistische Knechtschaft zu führen.**

\*\*\*\*\*

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,  
das mag für heute genügen.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Nächsten einen schönen Sommer, zudem den Schutz Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.*

*Mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,  
Ihr  
Peter Helmes*

*Hamburg, 7. Juli 2022*

\*\*\*\*\*